

Geschäftsbericht 2016



www.ibb.de

 **Investitionsbank
Berlin**
Leistung für Berlin.

Die Investitionsbank Berlin

Seit dem Jahr 1924 widmet sich die Investitionsbank Berlin einschließlich ihrer Rechtsvorgänger der Wohnungsbauförderung in Berlin. Im Jahr 1993 wurde das Aufgabenspektrum auf die Wirtschaftsförderung erweitert und die zuvor selbstständige Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) in die Landesbank Berlin eingegliedert. Seit 2004 agiert die Investitionsbank Berlin wieder als eigenständige Anstalt des öffentlichen Rechts und befindet sich zu 100 % im Eigentum des Landes Berlin.

Der hier vorliegende Geschäftsbericht dient der schnellen Orientierung unserer Eigentümer, Geschäftspartner und Kunden über die wichtigsten Entwicklungen im Geschäftsjahr 2016. Er enthält den Lagebericht und den Jahresabschluss der Investitionsbank Berlin für das Geschäftsjahr 2016 deshalb nur in Auszügen. Den gesamten Jahresabschluss finden Sie im Internet unter <http://www.ibb.de/Geschaeftsberichte> und im elektronischen Bundesanzeiger. Der in diesem Geschäftsbericht in Auszügen wiedergegebene Jahresabschluss wurde nach handelsrechtlichen Vorschriften erstellt. Daneben hat die Investitionsbank Berlin zum 31.12.2016 auch einen Konzernabschluss auf Grundlage der International Financial Reporting Standards (IFRS) gefertigt, der auf den Internetseiten der IBB wiedergegeben wird.

An unsere Kunden und Geschäftspartner	04
Grußwort der Vorsitzenden des Verwaltungsrats	06
Bericht des Verwaltungsrats	08
Wirtschaftsförderung	10
Beteiligungen	15
Immobilien- und Stadtentwicklung	18
Nachhaltigkeit in der IBB	22
Refinanzierung	23
Personalbericht	24
Lagebericht (in Auszügen)	26
Grundlagen	26
Wirtschaftsbericht	29
Lage der Bank	32
Nachtragsbericht	38
Prognose-, Chancen- und Risikobericht	38
Jahresabschluss	44
Anhang für das Geschäftsjahr 2016 (in Auszügen)	48
Corporate-Governance-Bericht	56
Organigramm	60
Impressum	62

An unsere Kunden und Geschäftspartner

Sehr geehrte Damen und Herren,

die positive Wirtschaftsentwicklung in Deutschland hat sich in einem unruhiger werdenden internationalen Umfeld auch im Jahr 2016 fortgesetzt. Mit einer Steigerungsrate der Wirtschaftsleistung von 1,9 % und einer Zunahme der Erwerbstätigen um 425.000 gegenüber dem Vorjahr (+1,0 %) erwies sich Deutschland einmal mehr als Wachstumstreiber in der EU. Mit einer Arbeitslosenquote von 4,1 % lag die Bundesrepublik im europäischen Vergleich ganz vorn, während der europäische Durchschnitt mit 8,6 % mehr als doppelt so hoch ausfiel.

Noch besser verlief die wirtschaftliche Entwicklung in Berlin. Hier wurde mit einer Rate von voraussichtlich 3,0 % das hohe Wirtschaftswachstum des Vorjahres erneut erreicht. Damit lag das Wirtschaftswachstum in Berlin erneut deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Außerordentlich erfreulich ist auch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt: Mit 1.366.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wurde hier ein Rekordwert erzielt, der um rund 4 % (ca. 54.000 Arbeitsplätze) über dem Vorjahreswert liegt. Der Beschäftigungsaufbau in Berlin, der nun schon seit 11 Jahren ununterbrochen anhält – es wurden in diesem Zeitraum rund 350.000 Arbeitsplätze aufgebaut – hat damit einen neuen Höhepunkt erreicht. Die Zahl der Erwerbslosen sank im Jahresdurchschnitt trotz der starken Zuwanderung um mehr als 13.000 auf einen Wert von 181.000, was einer Arbeitslosenquote von 9,8 % (Vj.: 10,7 %) entspricht.

So verwundert es nicht, dass die Herbstumfrage zur Berliner Konjunktur von IHK und Handwerkskammer sowie der KMU-Report von IBB und Creditreform zeigen, dass die gute Stimmung unter den Berliner Unternehmen weiter anhält und die Unternehmen auch mit positiven Erwartungen in das Jahr 2017 gehen. Dazu passt, dass die Forderungen gegenüber insolventen Berliner Unternehmen (1.360) mit nur 570 Mio. Euro im Jahr 2016 (–40 % ggü. Vorjahr) einen neuen Tiefpunkt erreicht haben, was auf die seit Jahren anhaltende gute Konjunktur zurückzuführen ist.

Die gute konjunkturelle Situation findet ihren Niederschlag auch in den öffentlichen Finanzen und den Steuereinnahmen des Landes, die seit 2009 kontinuierlich von 9,7 auf 14,8 Mrd. Euro gestiegen sind und damit gute Voraussetzungen für die Investitionsoffensive schaffen, die die Regierungsparteien in der Koalitionsvereinbarung für die nächsten 10 Jahre angekündigt haben. Das Land beabsichtigt in diesem Zusammenhang zusätzliche investive Mittel in Höhe von 600 Mio. Euro p. a., die nun zum großen Teil bereits aus den überplanmäßigen Einnahmen in Höhe von gut 1 Mrd. Euro des Haushaltsjahres 2016 abgesichert werden können. So hat der Senat im Rahmen eines Nachtragshaushalts bereits zusätzliche Mittel für die Wohnungsneubauförderung und den Ausbau bzw. die Sanierung von Schulen und Kindertagesstätten beschlossen. Der in vielen Bereichen entstandene Sanierungsstau lässt sich damit abbauen, ohne den eingeschlagenen Pfad der Haushaltskonsolidierung zu verlassen. Das stärkt die Nachfrage im Berliner Mittelstand und Handwerk.

Zentrale Prioritäten des von der neuen Landesregierung ins Leben gerufenen „Investitionspaktes für Berlin“ sind eine aktive Industriepolitik, der Ausbau der digitalen Infrastruktur, die Sanierung von Schulen und die Nachhaltigkeit.

Gern ist die IBB mit ihren Förderprogrammen, die sowohl Angebote für die privaten als auch die öffentlichen Unternehmen in Berlin umfassen, Partner bei diesem Investitionspakt. Wir freuen uns über die in der Koalitionsvereinbarung geäußerte Festlegung, der Bank weiterhin einen angemessenen Kapitalaufbau zu ermöglichen, um die Leistungsfähigkeit auch in Zeiten steigender regulatorischer Anforderungen zu erhalten.

Mit Finanzierungszusagen über 1.727 Mio. Euro konnte die IBB in 2016 das Neugeschäftsvolumen gegenüber dem Vorjahr (1.217 Mio. Euro) um gut 40 % steigern. Die Finanzierungszusagen verteilten sich dabei zu nahezu gleichen Teilen auf die Geschäftsbereiche: Mit 837 Mio. Euro entfielen 48 % auf die Wirtschaftsförderung und mit 890 Mio. Euro 52 % auf den Bereich Immobilien- und Stadtentwicklung.



Im Bereich der Immobilien- und Stadtentwicklung ist besonders erfreulich ein kräftigerer Anstieg des reinen Neugeschäfts (ohne Umfinanzierungen) um gut 20 % von 650 Mio. Euro auf 793 Mio. Euro. Dabei legte die Neubauförderung besonders deutlich zu und hat sich mit einer Erhöhung von 119 Mio. Euro in 2015 auf 276 Mio. Euro mehr als verdoppelt. Es ist uns dabei gelungen, nach schleppendem Beginn letztlich mehr als 2.300 preisgebundene Wohnungen zu fördern und das Vorjahresergebnis mehr als zu verdoppeln. Angesichts des großen Bedarfs an preiswertem Wohnraum will das Land in den nächsten Jahren Mittel für die Förderung von bis zu 5.000 Wohnungen p.a. bereitstellen, um damit eine wirksame Entspannung auf dem Wohnungsmarkt zu erreichen.

Das Ergebnis in der Wirtschaftsförderung lag mit 837 Mio. Euro sehr deutlich über dem Vorjahreswert (289 Mio. Euro), war jedoch geprägt durch eine große Infrastrukturfinanzierung für den Flughafen BER im Volumen von 571 Mio. Euro. Die Finanzierung größerer öffentlicher Investitions- bzw. Infrastrukturvorhaben – wie etwa auch die Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe in den Jahren 2013/14 – gehört zu unserem Aufgabenspektrum als öffentliche Förderbank. Gern leisten wir auch künftig unseren Finanzierungsbeitrag im Rahmen der Investitionsprogramme für die öffentliche Infrastruktur und der in Aussicht genommenen Finanzierungslösungen zur Beschleunigung des Abbaus des Investitionsstaus.

Insgesamt wurden durch die Förderzusagen der IBB im Berichtsjahr volkswirtschaftlich relevante Investitionen in Höhe von nahezu 3 Mrd. Euro angeschoben, wovon ein großer Teil auf Maschinen und Betriebsausstattungen und den Neubau und die Sanierung von Wohn- und Gewerbeimmobilien entfällt. Der direkte Arbeitsplatzeffekt bei den geförderten Unternehmen liegt bei 9.700 Arbeitsplätzen, wovon 2.600 neu geschaffen worden sind. Auf dieser Basis berechneten unsere Volkswirte unter Berücksichtigung von Sekundäreffekten eine Steigerung des Bruttoinlandsproduktes um 6 Mrd. Euro und der öffentlichen Einnahmen Berlins um 600 Mio. Euro in den nächsten drei Jahren.

Das wirtschaftliche Ergebnis der IBB lag in 2016 bei 53 Mio. Euro und damit deutlich unter dem Vorjahreswert von 110 Mio. Euro, der durch Einmaleffekte in 2015 geprägt war. Für die Erbringung des Berlin-Beitrages in den Folgejahren haben wir erstmalig einen Berlin-Förder-Fonds aufgelegt, den wir mit 45 Mio. Euro dotiert haben. Im Berichtsjahr haben wir ebenfalls unsere Vorsorgereserven nach § 34 of HGB weiterhin gestärkt. Die Basis für das gute Ergebnis der Bank im Berichtsjahr bildeten einerseits Erträge in Höhe von 213 Mio. Euro (+5,5 %), die neben dem soliden operativen Beitrag aus dem Fördergeschäft u.a. auch durch gesetzliche Änderungen bei der Bewertung von Pensionsrückstellungen geprägt waren, sowie andererseits Verwaltungsaufwendungen, die mit 80 Mio. Euro sogar um 1,6 % unter dem Vorjahreswert lagen. Nach der Leistung des Berlin-Beitrages für die Finanzierung von Förderaufgaben durch die IBB verblieb ein Jahresüberschuss, der mit 24 Mio. Euro (Vj. 26 Mio. Euro ohne Sondereffekt) über unseren Erwartungen lag.

Auf der Basis dieser guten Ergebnisse, der stabilen konjunkturellen Situation und der mit der Koalitionsvereinbarung für die nächsten 4 Jahre getroffenen Weichenstellungen, die u. a. eine Investitionsoffensive des Landes vorsehen, gehen wir mit positiven Erwartungen für Berlin und für die IBB in das Jahr 2017. Obwohl die außenwirtschaftlichen Risiken eher zugenommen haben und im weltwirtschaftlichen Umfeld derzeit vieles in Frage gestellt bzw. verändert wird, sind wir zuversichtlich, dass Berlin seine positive wirtschaftliche Entwicklung fortsetzen kann. Die größten Wachstumsimpulse kommen dabei aus dem Baubereich, wo viele Unternehmen bereits an ihrer Kapazitätsgrenze arbeiten sowie aus den unternehmensnahen Dienstleistungen und der Digitalwirtschaft. Aber auch der Investitionspakt, den das Land für die nächste Dekade ausgerufen hat, wird 2017 der Berliner Wirtschaft verstärkten Rückenwind bringen und die Binnenkonjunktur nachhaltig stärken.

Dr. Jürgen Allerkamp
Vorstandsvorsitzender

Sonja Kardorf
Mitglied des Vorstands

Grußwort der Vorsitzenden des Verwaltungsrats



*Sehr geehrte Damen und Herren,
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IBB,*

es ist mir eine große Freude, als frisch gewählte Vorsitzende des IBB-Verwaltungsrats ein Grußwort an Sie richten zu dürfen.

Auch wenn Berlin sich in den letzten Jahren auf eine beachtliche wirtschaftliche Aufholjagd begeben hat und beim Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum auch 2016 erneut in der Spitzengruppe unter den Bundesländern lag, so bleiben die gezielte Förderung der Berliner Unternehmen und Anreizprogramme für den Wohnungsbau, die bezahlbares Wohnen in der Stadt ermöglichen müssen, eine sehr wichtige Aufgabe in den nächsten Jahren. Man könnte auch sagen: gerade deshalb. Denn die stark wachsende Stadt stellt uns an vielen Stellen vor große Aufgaben. Die vielen Neuberlinerinnen und -berliner – im letzten Jahr konnten wir mit 60.000 Menschen einen neuen Zuwanderungsrekord verzeichnen – benötigen Ausbildung, Arbeitsplätze und Wohnungen. Zugleich muss sich das Wachstum der Stadt ökologisch nachhaltig und unter Wahrung der klimapolitischen Zielsetzungen des Landes vollziehen. Bei all diesen Themen benötigen wir die Investitionsbank Berlin, die in der Wirtschafts- und Wohnungsbauförderung auch 2016 sehr gute Arbeit geleistet hat. Dafür möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses ganz herzlich danken.

Wir brauchen insbesondere auch die vielen erfolgreichen und innovativen Gründerinnen und Gründer in Berlin sowie die bereits etablierten Unternehmen, die in den letzten Jahren einen hohen Modernisierungsaufwand betrieben und an internationaler Wettbewerbsfähigkeit gewonnen haben. Ihnen gilt weiterhin meine volle Unterstützung und die der Investitionsbank Berlin.

Gerade im Zusammenspiel der innovativen Start-ups und der etablierten mittelständischen Wirtschaft liegt nach meiner Auffassung eine große Chance für Berlin. Nirgendwo in Deutschland sind in den letzten Jahren so viele Gründungen in der Digitalwirtschaft entstanden wie in Berlin, nirgendwo ist diese Szene lebendiger. Ohne die konsequente Umsetzung der digitalen Modernisierung auf dem Weg zur Smart City wird die oben beschriebene Herausforderung – das ökonomische Wachstum ökologisch zu gestalten – nicht möglich sein. Und bei dieser Umsetzung muss das große und ausbaubare Potenzial genutzt werden, das sich aus der Zusammenarbeit aller Akteure in der Berliner Wirtschaft ergibt. Die Berliner Clusterstrukturen bieten hierfür schon eine sehr gute Grundlage, und ich will mich dieser Aufgabe in den kommenden Jahren weiter widmen. Sie birgt nach meiner Überzeugung auch großes Potenzial für die fortschreitende Erneuerung der industriellen Basis.

Meine Damen und Herren, ich freue mich darauf, diese umfangreichen Aufgaben in den nächsten Jahren gemeinsam mit Ihnen anzugehen. Ich freue mich vor allem auch darüber, dass unsere Zusammenarbeit zu einem Zeitpunkt beginnt, wo die Entwicklungslinien in Berlin nach oben weisen – nicht zuletzt dank der IBB.



Ramona Pop
Senatorin für Wirtschaft, Energie
und Betriebe des Landes Berlin

Bericht des Verwaltungsrats

Die IBB ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und das zentrale Förderinstitut des Landes Berlin.

Der Verwaltungsrat hat die ihm per Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung übertragenen Aufgaben wahrgenommen. Die Arbeit des Verwaltungsrats wurde durch den Risiko- und Prüfungs-, den Nominierungs- und den Vergütungskontrollausschuss unterstützt. Die Ausschüsse haben die im Verwaltungsrat zu behandelnden Themen und Beschlüsse vorbereitet sowie die nach Geschäftsordnung zugewiesenen Beschlusskompetenzen ausgeübt. Der Verwaltungsrat und der Risiko- und Prüfungsausschuss traten im Berichtsjahr zu vier ordentlichen Sitzungen zusammen. Der Nominierungs- und der Vergütungskontrollausschuss traten zu drei beziehungsweise vier Sitzungen zusammen.

Im Zusammenhang mit ihrem Ausscheiden als Senatorin für Wirtschaft, Technologie und Forschung hat die Verwaltungsratsvorsitzende, Cornelia Yzer, ihr Mandat zum 08.12.2016 niedergelegt. Ebenso sind Dr. Dietrich Rümker (Vorsitzender, Risiko- und Prüfungsausschuss) und Swen Hoffmann mit Wirkung zum 31.12.2016 ausgeschieden. Der Personalrat der IBB hat als neues Mitglied Tom Schuster mit Wirkung zum 01.01.2017 bestellt. Im Zusammenhang mit der Neubestellung der Verwaltungsratsmitglieder Senatorin Ramona Pop (Vorsitzende), Senatorin Katrin Lompscher (stellvertretende Vorsitzende) und Senator Dr. Matthias Kollatz-Ahnen durch den Senat von Berlin haben Staatssekretärin Dr. Margaretha Sudhof sowie Senator Andreas Geisel ihre Mandate im Verwaltungsrat niedergelegt.

Der Vorstand informierte den Verwaltungsrat laufend über die Entwicklung der Bank sowie über wichtige Geschäftsvorfälle. Die regelmäßige Berichterstattung umfasste Berichte zu der Geschäfts- und Ergebnisentwicklung, der strategischen Ausrichtung der Bank, der Risikosituation, aufsichtsrechtlichen sowie regulatorischen Entwicklungen und deren Auswirkungen auf die IBB sowie die Implikationen der Entwicklungen an den Kapitalmärkten auf die Ertrags-, Liquiditäts- und Risikosituation der Bank. Der Vorstand hat über die Geschäfts-, Risiko, IT- und Vergütungsstrategie berichtet und diese mit dem Verwaltungsrat erörtert. Zudem wurden die Berichte zur Tätigkeit der Revision und der Compliance sowie der Bericht zur Überprüfung der Vergütungssysteme vorgelegt.

Weitere Schwerpunkte der Tätigkeit des Verwaltungsrats und seiner Ausschüsse waren die intensive Erörterung der Ertragslage der Bank im Niedrigzinsumfeld und deren Auswirkungen auf die Mittelfristplanung sowie die Eigenkapitalausstattung der Bank vor dem Hintergrund steigender regulatorischer Anforderungen. Der Verwaltungsrat hat sich insbesondere mit der Einstufung der IBB als potenziell systemgefährdendes Institut im Sinne des Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht im August 2016 auseinandergesetzt. Gegen diese Einstufung hat die IBB Widerspruch eingelegt. Die sofortige Vollziehung des Bescheides wurde daraufhin seitens der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht im Dezember 2016 ausgesetzt.

Die Vorsitzenden der Ausschüsse berichteten dem Verwaltungsrat jeweils regelmäßig über die Ergebnisse ihrer Beratungen. Im Berichtszeitraum hat ein Mitglied des Risiko- und Prüfungsausschusses zu zwei Sachverhalten einen Interessenkonflikt offengelegt. Das Mitglied hat an der Beschlussfassung nicht teilgenommen.

Die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nahm die gesetzlich vorgeschriebene Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 2016 vor. Im Ergebnis der Prüfung wurde der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Verwaltungsrat und der aus seiner Mitte gebildete Risiko- und Prüfungsausschuss nahmen das Ergebnis der Abschlussprüfung nach Erläuterung durch den Abschlussprüfer in seiner Sitzung am 24. März 2017 zur Kenntnis. Einwände gegen den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss der IBB wurden nicht erhoben. Der Verwaltungsrat stellte den Jahresabschluss der Bank für das Geschäftsjahr 2016 fest und billigte den Konzernabschluss.

Die IBB weist nach Abzug eines Berlin-Beitrages von 28,7 Mio. Euro zur Unterstützung der Förderpolitik des Landes einen Jahresüberschuss in Höhe von 23,8 Mio. Euro aus. Über die Verwendung des Bilanzgewinns beschließt gemäß § 13 Abs. 2 Ziffer 1 des IBB-Gesetzes i. V. m. § 16 Abs. 2 Ziffer 1 der Satzung der IBB der Senat von Berlin. Der Verwaltungsrat schlägt dem Gesellschafter vor, den Jahresüberschuss, soweit er aus der Anpassung der Zuwendungsverträge für die VC Fonds resultiert

(12,5 Mio. Euro), vollständig zu thesaurieren und der Zweckrücklage der IBB zuzuführen. Für den verbleibenden Betrag in Höhe von 11,3 Mio. Euro ist eine Thesaurierung von 8,5 Mio. Euro vorgesehen. Der Restbetrag in Höhe von 2,8 Mio. Euro soll an das Land Berlin ausgeschüttet werden.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der IBB für ihre erfolgreiche Arbeit und den persönlichen Einsatz im Geschäftsjahr 2016.

Berlin, 24. März 2017



Wirtschaftsförderung

Entwicklung in der Wirtschaftsförderung

Situation

Mit einer Wachstumsrate von 3,0 % hat sich die Berliner Wirtschaft in 2016 erneut sehr gut entwickelt. Auf der Grundlage einer in den letzten Jahren gestärkten Eigenkapitalausstattung und bei der fortgesetzten Niedrigzinspolitik in Europa fanden die Berliner Unternehmen weiterhin sehr günstige Finanzierungsbedingungen am Markt vor. Die Nachfrage nach Fördermitteln bewegte sich deshalb wie im Vorjahr auf einem gedämpften Niveau.

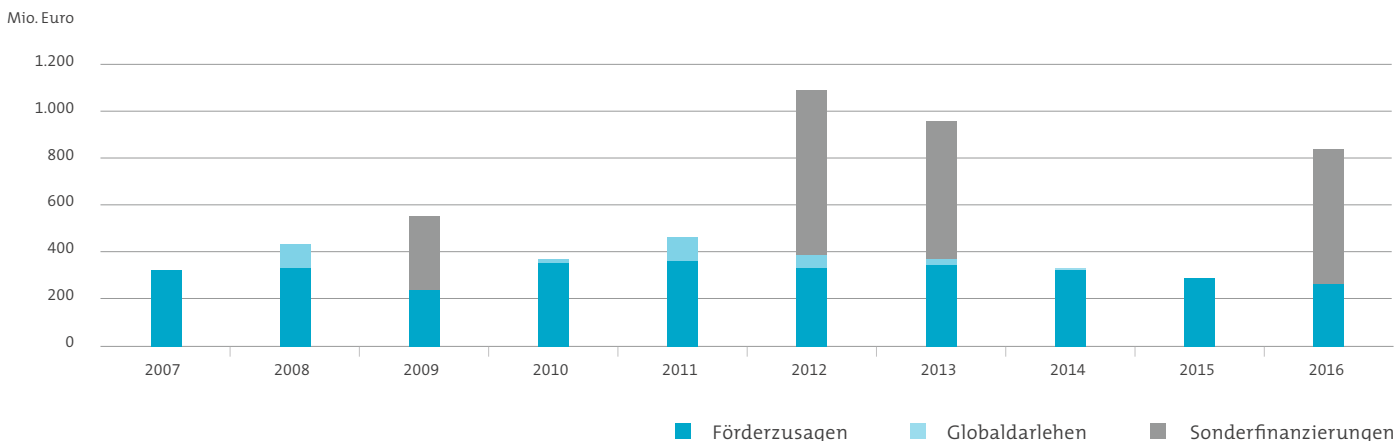
Sonderfinanzierung prägt Gesamtergebnis in der Wirtschaftsförderung maßgeblich

Eine Sonderfinanzierung für den Flughafen Berlin Brandenburg (BER) im Volumen von 570,9 Mio. Euro trug im Berichtsjahr maßgeblich zu dem hohen Finanzierungsergebnis in der Wirtschaftsförderung bei, das mit 837,1 Mio. Euro sehr deutlich über dem Vorjahreswert (289 Mio. Euro) lag.

Abzüglich dieser Sonderfinanzierung entfielen Finanzierungszusagen in Höhe von 266,2 Mio. Euro auf die Förderprogramme, die damit mit 8 % nur leicht unter dem Vorjahreswert lagen.



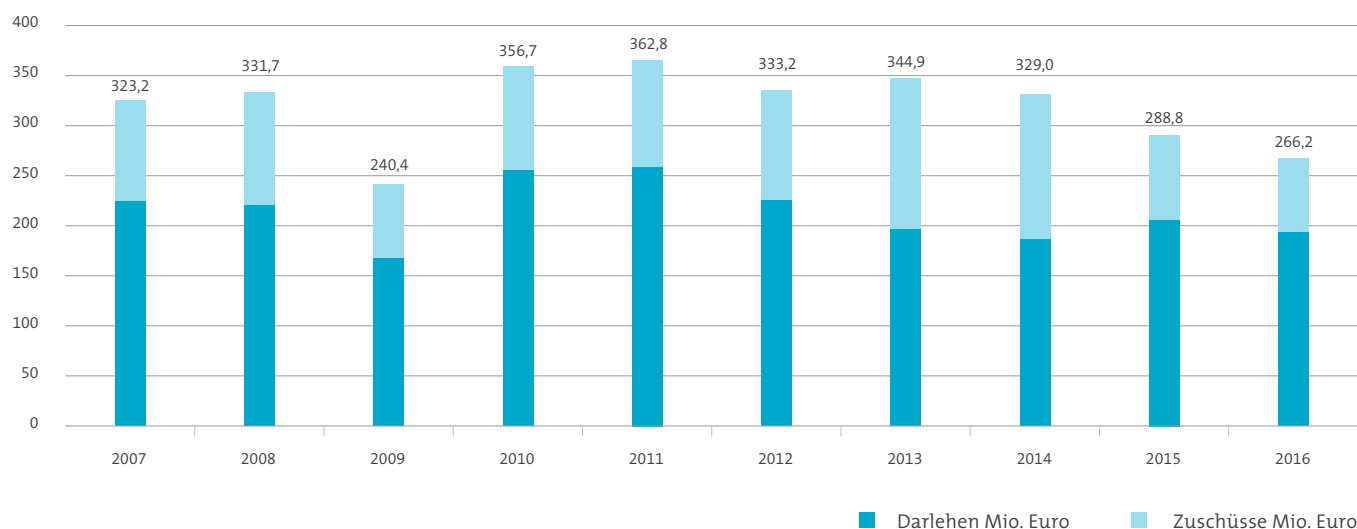
Finanzierungszusagen in der Wirtschaftsförderung



Rund 40 % der Finanzierungszusagen (381) für Gründungsvorhaben

Finanzierungszusagen in den Förderprogrammen

Mio. Euro



Während die Finanzierungszusagen für die Bestandsunternehmen mit 224,9 Mio. Euro exakt auf Vorjahresniveau lagen, notierten die Gründungsfinanzierungen mit 41,3 Mio. Euro um rund ein Drittel unter dem Vorjahreswert (64,0 Mio. Euro). Bezogen auf die IBB-Programme lag die Gründerquote (Anteil der Finanzie-

rungszusagen für Gründungsvorhaben) damit bei 15,5 % (Vj.: 22,2 %) und unter Einbeziehung der IBB Beteiligungsgesellschaft mit Beteiligungszusagen über 15,1 Mio. Euro, die ausschließlich auf Gründungsvorhaben entfallen, bei einem Fünftel (20,0 %) gegenüber gut einem Viertel (26,6 %) im Vorjahr.

Die Wirtschaftsförderung 2016 in Zahlen

Programme	Finanzierungszusagen			
	Anzahl	Volumen (in Mio. Euro)		
Stand: 31.12.2016		D, B, B	Zuschüsse	Summe
Berlin Start	79	9,0	–	9,0
Berlin Kredit	6	3,7	–	3,7
Berlin Kapital	3	1,6	–	1,6
Berlin Infra	1	3,0	–	3,0
Berlin Kredit Innovativ	6	2,1	–	2,1
Berlin Innovativ	3	2,9	–	2,9
Gemeinschaftsausgabe (GRW)	180	–	51,1	51,1
KMU-Fonds	7	2,6	–	2,6
KMU-Fonds Mikrokredite bis 25 Tsd. Euro	121	2,5	–	2,5
IBB- Wachstumsprogramm	17	136,9	–	136,9
Pro FIT	108	23,1	15,1	38,2
Innovationsassistent	183	–	3,7	3,7
Zwischenfinanzierung Film	24	4,8	–	4,8
Programm für Internationalisierung	224	–	4,3	4,3
Liquiditätshilfen	0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme Förderprogramme	962	192,0	74,2	266,2
Sonderfinanzierungen	2	570,9	–	570,9
Summe IBB (mit Sonderfinanzierungen)	964	762,9	74,2	837,1
IBB Beteiligungsgesellschaft mbH	43	15,1	–	15,1
Gesamtsumme ohne Sonderfinanzierungen	1.005	207,1	74,2	281,3
Gesamtsumme mit Sonderfinanzierungen	1.007	778,0	74,2	852,2
Clusteranteil an Förderprogrammen	647	134,5	56,9	191,4
Clusteranteil in %	67,3	70,1	76,6	71,9
Gründeranteil an Förderprogrammen	381	26,5	14,8	41,3
Gründeranteil in %	39,6	13,8	19,9	15,5

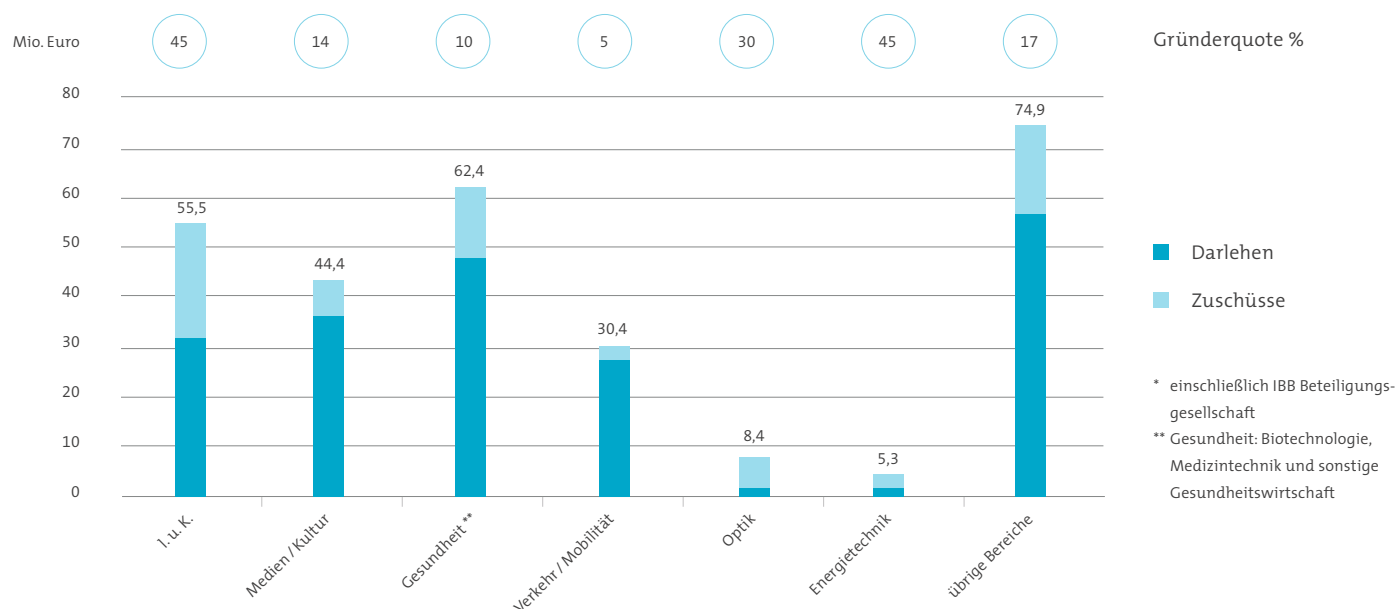
(Erläuterung: D, B, B = Darlehen, Beteiligungen, Bürgschaften)

Anteil der Cluster an den Finanzierungszusagen deutlich gestiegen

Der Anteil der Cluster an den Finanzierungszusagen hat deutlich von 62 % im Vorjahr auf 72 % im Berichtsjahr zugenommen. Mit insgesamt 191,4 Mio. Euro (Vj.: 179,4 Mio.) entfielen nahezu drei Viertel der Zusagen auf die Berliner Cluster Informations- und Kommunikationstechnik (I. u. K.), Medien/ Kulturwirtschaft, Verkehr/Mobilität, Optik, Energietechnik, Biotechnologie – Medizintechnik – sonstige Gesundheitswirtschaft (Gesundheitswirtschaft).

Sehr unterschiedlich ist der Anteil der Gründungsfinanzierungen in den einzelnen Clustern: Während im Bereich I. u. K. und in der Energietechnik mit 45 % nahezu die Hälfte der Finanzierungszusagen auf Gründungen entfällt, liegt der Schwerpunkt in den anderen Clustern und in den übrigen Bereichen klar bei der Finanzierung von Bestandsunternehmen.

Finanzierungszusagen in den Clustern 2016 *



Im Fokus: Die Clusterstrategie des Landes Berlin

Auf Grundlage der im Jahr 2011 vereinbarten gemeinsamen Innovationsstrategie „innoBB“ verfolgen Berlin und Brandenburg im Rahmen der Wirtschafts- bzw. Innovationsförderung ein Konzept der „intelligenten Spezialisierung“ und setzen auf den zielgerichteten Auf- und Ausbau von Clustern mit hohem Entwicklungspotenzial.

Die bereits 2007 identifizierten gemeinsamen Zukunftsfelder wurden demnach im Zuge einer wachstums- und wettbewerbsorientierten Strategie zu länderübergreifenden Clustern aufgebaut,

deren Entwicklungsprozess systematisch und qualifiziert weiter vorangetrieben werden soll.

Auch im Rahmen der Wirtschaftsförderung der IBB kommt den Unternehmen in den Clustern eine besondere Aufmerksamkeit zu. Im Durchschnitt der letzten 5 Jahre entfielen 68,6 % der Finanzierungszusagen der IBB im Rahmen der Förderprogramme auf Unternehmen in den Clustern der gemeinsamen Innovationsstrategie „innoBB“. Die Finanzierungszusagen für Unternehmen in den Clustern summieren sich seit 2012 auf 1,1 Mrd. Euro.

Konsortialfinanzierungen und Risikoübernahmen gewinnen an Bedeutung

Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum durch IBB-Förderung

Nach Berechnung unserer Volkswirte führen Darlehen, Zuschüsse und Beteiligungen im Bereich der Wirtschaftsförderung der IBB in 2016 zu volkswirtschaftlich relevanten Investitionen in Höhe von 2,5 Mrd. Euro (Vj.: 2,4 Mrd. Euro), zusammen mit den Investitionen aus der Immobilienförderung (441 Mio. Euro) sogar zu knapp 3 Mrd. Euro. Diese Investitionen führten 2016 zu einer Steigerung des Bruttoinlandsproduktes von 4 Mrd. Euro, über die nächsten drei Jahre gerechnet sogar zu 6 Mrd. Euro.

Mit den Investitionen ist zudem die Schaffung und Sicherung von rund 9.750 Arbeitsplätzen in den geförderten Unternehmen verbunden (Vj.: 9.450 Arbeitsplätze). Dazu kommen noch einmal so viele Arbeitsplätze in vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen wie dem Baugewerbe, dem Handel oder den unternehmensnahen Dienstleistungen, die aber zum Teil nur temporären Charakter haben.

Ausblick 2017

Neue Förderangebote und Vertriebswege erweitern unser Angebot

Neben Darlehen und Zuschüssen für Endkunden arbeitet die IBB in der Wirtschaftsförderung verstärkt mit dem Instrument von Risikoübernahmen im Rahmen von Kreditengagements der Geschäftsbanken. Wir erhöhen auf diese Weise deren Spielraum für Kreditfinanzierungen und damit das Kreditvolumen für Berliner KMU. So wurden im 2. Halbjahr 2016 die Produkte „Mittelstand 4.0“ mit Risikoübernahmen bis zu 60 % und „Berlin Innovativ“ mit Risikoübernahmen bis zu 70 % als neue Angebote der IBB eingeführt.

Auch neue Vertriebswege werden wir erproben: Neben dem direkten Endkundengeschäft und dem Vertrieb über die Hausbanken öffnen wir uns jetzt auch der Kooperation mit Vertriebsplattformen wie dem KfW-Gründerportal und Compeon, dem Finanzportal für den Mittelstand, einem Fintech-Unternehmen, über das wir ausgewählte Förderprogramme anbieten werden. Diese „digitalen Vertriebskooperationen“ sollen unsere eigenen Initiativen und Projekte zur weiteren Digitalisierung von Antrags- und Bearbeitungsprozessen abrunden.



Beteiligungen

Für einige besondere Finanzierungs- und Förderangebote hat die IBB Tochtergesellschaften gegründet, die z. B. Venture-Capital-Finanzierungen (IBB Beteiligungsgesellschaft mbH) oder Coaching-Unterstützung (IBB Business Team GmbH) anbieten.

Als Förder- und Strukturbank des Landes Berlin engagiert sich die IBB darüber hinaus seit Jahren für Institutionen der Berliner Wirtschaftsförderung. Dazu zählen die Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH, die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH und die Berlin Tourismus & Kongress GmbH. Durch die enge Verknüpfung mit diesen Gesellschaften können die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit für die Berliner Wirtschaftsförderung

und den Standort Berlin besser genutzt werden. Insgesamt ist die Investitionsbank Berlin an 10 Unternehmen direkt beteiligt.

IBB Beteiligungsgesellschaft mbH (Beteiligungsanteil: 100 %)

Die IBB Beteiligungsgesellschaft mbH wurde im Jahr 1997 gegründet und geht im Rahmen mehrerer Fonds offene Kapitalbeteiligungen (Early Stage) an Berliner Technologieunternehmen oder Unternehmen aus dem Bereich der Kreativwirtschaft ein. Die Gesellschaft ist seit Jahren einer der aktivsten VC-Investoren Deutschlands und hat maßgeblich zur Entwicklung Berlins zum erfolgreichen Start-Up-Standort beigetragen.

Insgesamt hat die IBB Beteiligungsgesellschaft seit 1997 Fonds mit einem Volumen von über 250 Mio. Euro aufgelegt. Mit 100 Mio. Euro (je 50 % aus EFRE-Mitteln und Mitteln der IBB) wurden in 2015 die Venture-Capital-Fonds der IBB Beteiligungsgesellschaft aufgestockt. Damit können in den nächsten Jahren noch mehr Berliner Start-ups finanziert werden.

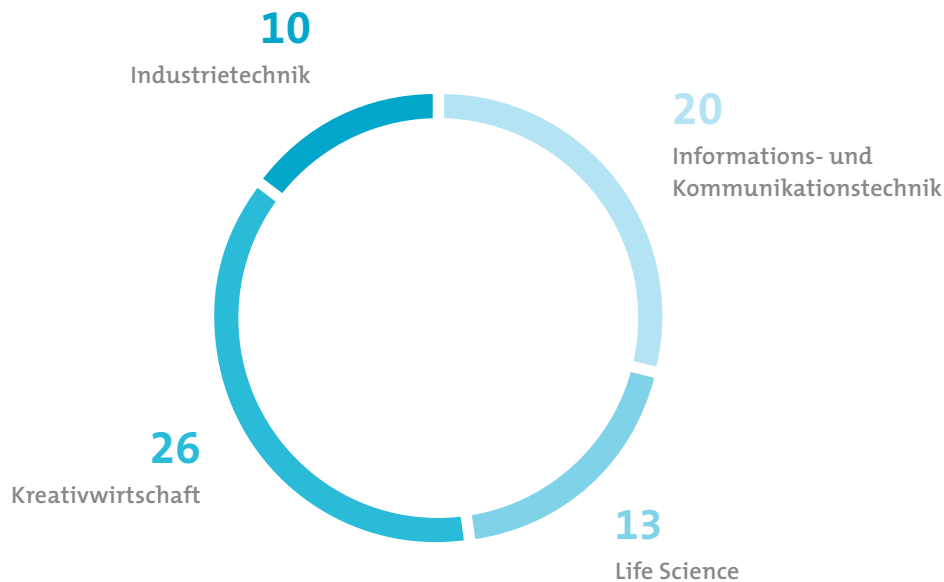
In 2016 wurden 8 neue Beteiligungen eingegangen sowie 35 Folgerunden abgeschlossen. In Erst- und Folgerunden hat die IBB Beteiligungsgesellschaft über 15 Mio. Euro investiert. Daneben haben private Investoren den Start-ups weitere 105 Mio. Euro bereitgestellt. Auch eine Reihe erfolgreicher Exits konnte in 2016 realisiert werden.

Im Profil:

Investitionen 2016	15,2 Mio. Euro
Finanzierungsrunden 2016 (davon Erstrunden)	43 (8)
Beteiligungskapital 2016 (mit Finanzierungspartnern)	120,2 Mio. Euro
Portfoliounternehmen per 31.12.2016 (Anzahl)	69
Gesamtumsatz der Portfoliounternehmen 2016	476 Mio. Euro
Gesamtzahl der Arbeitsplätze in den Portfoliounternehmen	2.767
Gesamtes Beteiligungskapital seit 1997 (mit Finanzierungspartnern)	1.252 Mio. Euro

Zum Jahresende 2016 umfasste das Portfolio der IBB Beteiligungsgesellschaft mbH 69 Unternehmen.

Das Beteiligungsportfolio der IBB Beteiligungsgesellschaft



IBB Business Team GmbH (Beteiligungsanteil: 100 %)

Mit den Förderaktivitäten der IBB Business Team GmbH (IBB BT) unterstützt die IBB Start-ups und kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) sowie Eigentümer von Wohnimmobilien durch Coaching, Beratung und die Organisation von Veranstaltungen:

Coaching BONUS

Zuschüsse für betriebswirtschaftliches Coaching für Existenzgründungen und KMU durch ausgewählte Coaches. Die Förderung kann insbesondere zur Vorbereitung und Begleitung der Internationalisierung und der Unternehmensnachfolge in Anspruch genommen werden. Insgesamt wurden Beratungsleistungen über Zuschüsse in Höhe von 885 Tsd. Euro finanziert.

Transfer BONUS

Zuschüsse für Vorhaben der angewandten Forschung und Entwicklung von KMU mit Wissenschaftseinrichtungen, zur Förderung des Wissens- und Technologietransfers. Seit 2016 erweitert auf Digitalisierungsvorhaben. Im Berichtsjahr erhielten 79 Berliner KMU Zuschüsse in Höhe von 1,1 Mio. Euro.

Businessplan-Wettbewerb Berlin-Brandenburg (BPW)

Der BPW bietet den Teilnehmern Unterstützung bei der Entwicklung eines tragfähigen Geschäftskonzepts. Er wird gemeinsam mit der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) und den Unternehmensverbänden in Berlin-Brandenburg e. V. (UVB) organisiert.

Im BPW 2016 wurden von 793 Gründerinnen und Gründern 377 Geschäftskonzepte eingereicht. Aus den Wettbewerben der Jahre 1996 bis 2016 sind 1.864 Unternehmen mit 12.382 Arbeitsplätzen gegründet worden, die heute noch bestehen.

Deutsche Gründer- und Unternehmertage (deGUT)

Die deGUT gilt deutschlandweit als Leitmesse für Gründer und junges Unternehmertum und bietet ein umfassendes Informations- und Beratungsangebot zu allen Gründungsfragen. Gemeinsam mit der Investitionsbank des Landes Brandenburg hat die IBB Business Team GmbH auch in 2016 die Messe durchgeführt, deren 148 Aussteller 5.852 Gründungsinteressierte fanden.

Energieberatung für Effizienz und Optimierung (ENEO)

ENEO unterstützt Eigentümer von Wohnimmobilien bei der energetischen Sanierung von Wohngebäuden. Durch ENEO werden insbesondere energetische Gutachten und Beratung bei der Umsetzung von Modernisierungsmaßnahmen gefördert.

148 Aussteller und fast 6.000 Interessierte bei den Gründertagen (deGUT) 2016

Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH (Beteiligungsanteil: 31,5 %)

Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie ist die Gesellschaft für Wirtschafts- und Technologieförderung sowie Stadtmarketing des Landes Berlin. Als Public Private Partnership stehen hinter Berlin Partner neben dem Land Berlin, der Investitionsbank Berlin und weiteren Institutionen auch über 270 Unternehmen, die sich für ihre Stadt engagieren.

Im Rahmen von 302 Projekten hat Berlin Partner in 2016 Unternehmen unterstützt, die insgesamt 6.775 Arbeitsplätze in Berlin realisieren. Dabei werden rund 553 Mio. Euro investiert. Berlin Partner unterstützt Unternehmen sowohl bei der Ansiedlung in Berlin als auch beim Wachstum am Standort. Zahlreiche Fachexperten bilden mit maßgeschneiderten Services und einer exzellenten Vernetzung zur Wissenschaft ein optimales Angebot, um Innovations-, Ansiedlungs-, Expansions- und Standortsicherungsprojekte zum Erfolg zu führen. Zudem verantwortet Berlin Partner das weltweite Marketing für die deutsche Hauptstadt, beispielsweise mit der erfolgreichen „be Berlin“-Kampagne.

Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH (Beteiligungsanteil: 50 %)

Die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH organisiert die Filmförderung und das Marketing für den Film- und Medienstandort Berlin-Brandenburg. So hat die Gesellschaft dazu beigetragen, dass sich die Hauptstadtregion in den vergangenen Jahren zur deutschen Filmhauptstadt, zu einer bedeutenden Kreativmetropole und zum Zentrum der digitalen Gründerszene entwickelt hat.

Berlin Tourismus & Kongress GmbH (visitBerlin) (Beteiligungsanteil: 25 %)

Die Berlin Tourismus & Kongress GmbH (BTK) vermarktet Berlin als Tourismusdestination und Kongressstandort unter der Marke „visitBerlin“. Neben der IBB sind das Land Berlin, die Berliner Hotellerie sowie weitere öffentliche Institutionen an der BTK beteiligt. Auch in 2016 konnten wieder mehr als 31 Mio. Übernachtungen in Berlin gezählt werden. Der Tourismus zählt damit zu den bedeutenden Wirtschaftsfaktoren Berlins.





Immobilien- und Stadtentwicklung

Entwicklung in der Immobilien- und Stadtentwicklung

Situation

Der Zuzug ist nach wie vor eine große Herausforderung für die Entwicklung des Berliner Wohnungsmarktes. Das nun schon seit 2011 anhaltende starke Bevölkerungswachstum hat sich in 2016 nicht etwa abgeschwächt, sondern sogar noch intensiviert. So ist die Berliner Bevölkerung im 1. Halbjahr 2016 um 42.800 Einwohner angewachsen und damit fast so stark, wie seit 2011 jeweils im ganzen Jahr. Mitte des Jahres 2016 lag die Berliner Bevölkerungszahl bei 3.653.000 Personen und ist damit seit 2011 um 265.000 gestiegen. Nach wie vor hält die Ausweitung des Wohnungsangebotes dieser Entwicklung nicht stand, so dass Mieten und Kaufpreise weiter ansteigen. Insbesondere das Angebot im unteren Preissegment steht immer noch stark unter Druck.

Die Regierungskoalition sieht in der Koalitionsvereinbarung Wohnen als Grundrecht für alle Berlinerinnen und Berliner und kündigt an, für eine bedarfsgerechte Wohnungsverorgung u. a. die landeseigenen Wohnungsgesellschaften zu stärken und den Mieterschutz auszubauen. Bis Ende der Legislaturperiode soll es 55.000 weitere und damit rund 400.000 Wohnungen im Landesbesitz geben. Das preisgünstige Wohnen im Bestand der Wohnungsbaugesellschaften soll ausgebaut werden.

Die Koalition betont die Notwendigkeit der Neubauförderung und kündigt an, die Zahl der zu fördernden Wohnungen ab 2018 schrittweise von 3.000 auf 5.000 Wohnungen p. a. zu erhöhen. Die Fördermittel sollen auf Grundlage eines transparenten Bewertungssystems mit den Kriterien Wohnungsstruktur und -qualität, städtebauliche Anforderungen und ökologische Vorgaben vergeben werden.

Auch der Bestand der derzeit noch 117.000 Berliner Sozialwohnungen soll wieder stärker für die Wohnungsverorgung von Haushalten mit geringem Einkommen aktiviert werden. Durch eine umfassende Reform sollen ab dem Jahr 2018 die Mieten gesenkt und nach dem Mietereinkommen gestaffelt werden (soziale Richtsatzmiete).

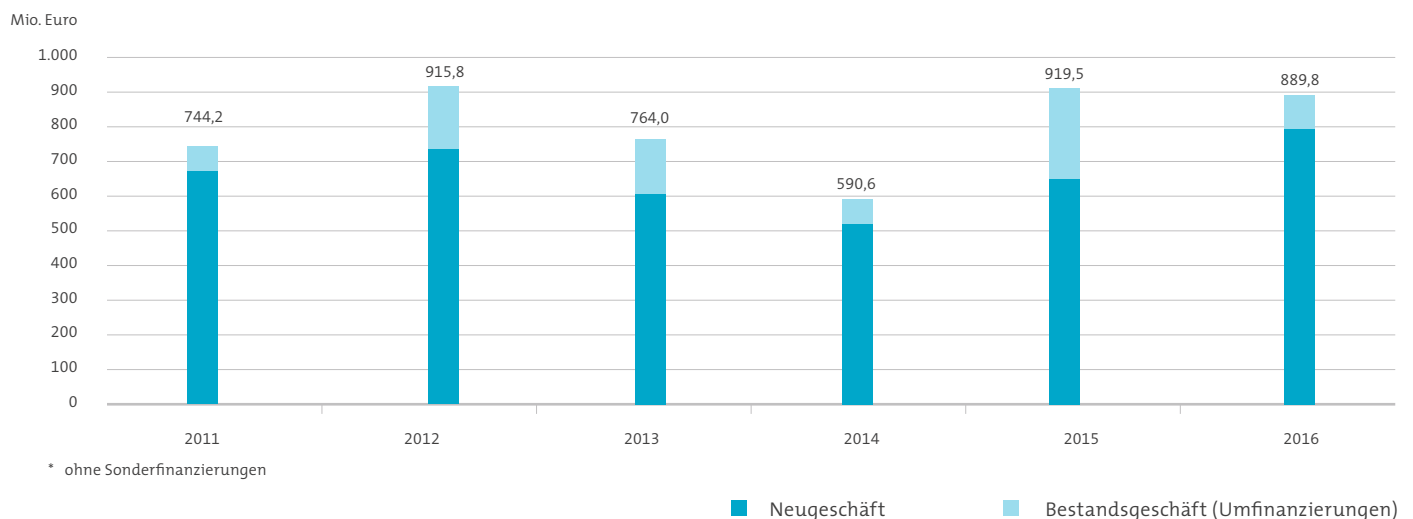
Hohes Finanzierungsvolumen des Vorjahres bei deutlich erhöhtem Neugeschäft gehalten

Im Vorjahr hatte sich das Finanzierungsvolumen der IBB im Geschäftsfeld Immobilien- und Stadtentwicklung um mehr als 50 % von 591 Mio. Euro auf 911 Mio. Euro (ohne Sonderfinanzierungen) erhöht. Mit Finanzierungszusagen über 890 Mio. Euro konnte dieses hohe Niveau im Berichtsjahr nahezu gehalten werden. Während im Vorjahr aber 30 % der Finanzierungszusagen auf Umfinanzierungen entfielen und damit keine unmittelbaren baulichen Effekte hatten, ist dieser Anteil im Berichtsjahr auf rund 10 % gesunken. Gegenüber dem Vorjahr sind die Finanzierungszusagen für das Neugeschäft damit um 144 Mio. Euro auf 793 Mio. Euro gestiegen. Dabei ging der Mitteleinsatz für die Sanierung und Modernisierung um rund 15 % auf 80,8 Mio. Euro zurück – insbesondere die energetische Gebäudesanierung zeigte hier Einbußen –, während die Neubauförderung um mehr als das Doppelte (+131%) über dem Vorjahreswert lag.



*Mit 793 Mio. Euro
legt das Neugeschäft
um mehr als 20 % zu.*

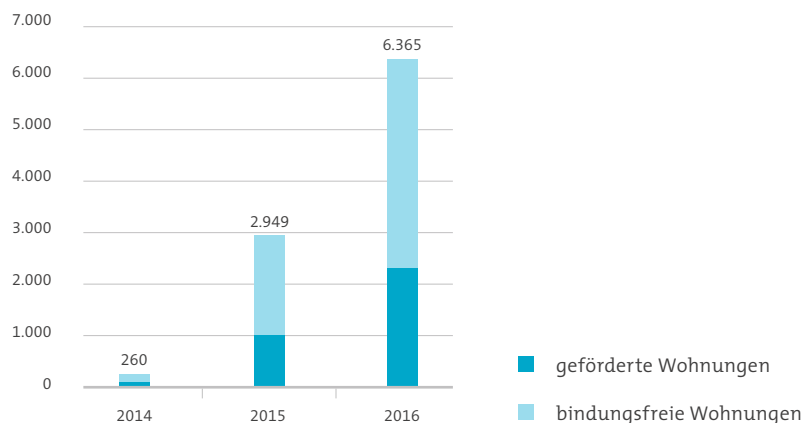
Finanzierungszusagen in der Immobilien- und Stadtentwicklung*



Mehr als 2.300 preisgebundene Wohnungen gefördert

Im Rahmen des IBB Wohnungsneubaufonds wurden im Berichtsjahr insgesamt 6.365 Wohnungen bewilligt, von denen gut ein Drittel (2.305 Wohnungen) preisgebunden und knapp zwei Drittel (4.060 Wohnungen) bindungsfrei waren. Obwohl die Zielgröße von 2.500 preisgebundenen Wohnungen damit nicht ganz erreicht wurde, bedeuten diese Zahlen doch, dass die Vorjahreswerte mehr als verdoppelt werden konnten. Einen Überblick über die Neubauförderung im Rahmen des IBB Wohnungsneubaufonds gibt die folgende Grafik:

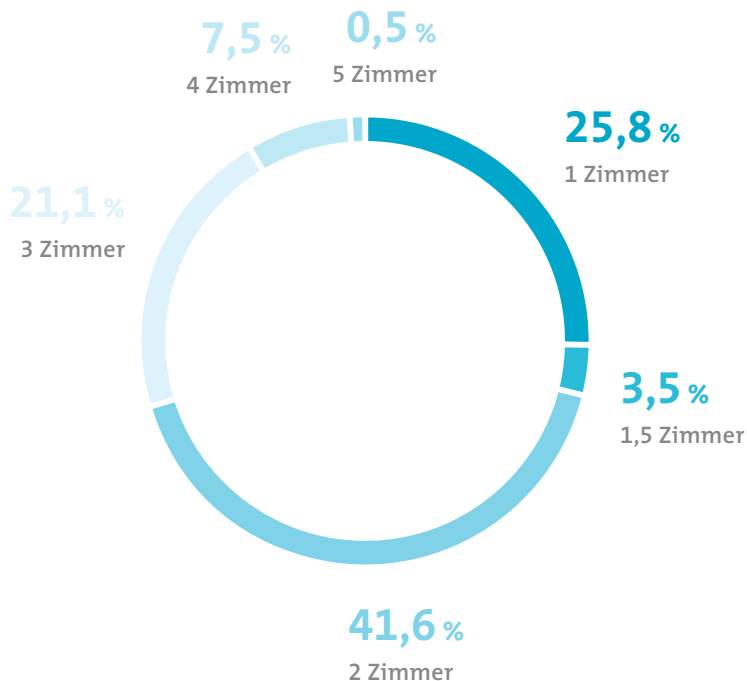
Die Neubauförderung 2014–2016



Die Immobilienförderung 2016 in Zahlen

	Finanzierungszusagen in Mio. Euro	
Berichtsjahr	2015	2016
Sanierung und Modernisierung		
IBB Energetische Gebäudesanierung	76,5	69,1
IBB Altersgerecht Wohnen	6,0	6,0
IBB Wohnraum Modernisieren	4,1	5,3
KfW Energieeffizient Sanieren	8,5	0,4
KfW Altersgerecht Umbauen	–	–
Zwischensumme Sanierung und Modernisierung	95,2	80,8
Neubau		
IBB Familienbaudarlehen	0,2	0,3
KfW Energieeffizient Bauen	11,2	51,2
KfW Wohneigentumsprogramm	1,5	1,7
Genossenschaftlicher Neubauwettbewerb	1,3	–
IBB Wohnungsneubaufonds	52,5	47,0
IBB Wohnungsneubau	52,9	176,2
Zwischensumme Neubau	119,4	276,4
Sonstige		
Konsortialdarlehen und Konsortialavale	154,5	157,2
Globaldarlehen	–	65,0
Berlin Infra	73,9	41,0
Sanierungs- und Strukturdarlehen	14,8	6,3
Förderergänzungsdarlehen	179,5	154,5
Zuschussprogramme	12,4	12,2
Zwischensumme Sonstige	280,6	436,2
Summe Neugeschäft (einschließlich Zuschüssen)	649,7	793,4
Umfinanzierungen	260,8	96,4
Summe (ohne Sonderfinanzierungen)	910,5	889,8
Sonderfinanzierungen	17,9	–
Summe (mit Sonderfinanzierungen)	928,4	889,8

Größenstruktur der geförderten Wohnungen 2014–2016



Gut 70 % der geförderten Wohnungen hatten maximal 2 Zimmer, während rund 21 % auf Dreiraumwohnungen und 8 % auf größere Wohnungen entfielen. Die durchschnittliche Wohnungsgröße lag bei 55 m².

Von den im Rahmen des IBB Wohnungsneubaufonds seit Mitte 2014 geförderten Objekten sind die ersten Bauvorhaben fertiggestellt worden, so dass die Wohnungen im Berichtsjahr bezogen werden konnten.



Der Neubau der Gewobag in der Kieffholzstraße besteht aus 98 Wohnungen, von denen 21 gefördert wurden. Bezugsfertigkeitsdatum war der 01.10.2015.

Ausblick 2017

Weitere Steigerung der Neubauförderung

Das Förderziel für die Neubauförderung wird 2017 von 2.500 auf 3.000 Wohneinheiten erhöht. Sukzessive wird diese Vorgabe in den Folgejahren auf 5.000 preisgebundene Wohnungen im Jahr gesteigert, womit dann im Jahr rund 15.000 Wohnungen im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung des Landes Berlin finanziert werden.

Einführung der sozialen Richtsatzmiete

Im Koalitionsvertrag hat die neue Berliner Regierungskoalition verabredet, in Berlin ab dem Jahr 2018 ein System der sozialen Richtsatzmieten einzuführen. Die Vorbereitungen dafür haben begonnen. Ziel ist es, die vorhandenen Belegungsbindungen von mehr als 100.000 Sozialwohnungen zu sichern und sozial angemessene Mieten durch die Orientierung der Förderung am Mietereinkommen zu erreichen. Ein Härtefallfonds soll für den Fall eingerichtet werden, dass der definierte Aufwand des Eigentümers die Mieteinnahmen übersteigt.

Die soziale Richtsatzmiete befindet sich derzeit noch im Abstimmungsverfahren. Das Land hat angekündigt, die Eckwerte dafür zeitnah zu beschließen.

Nachhaltigkeit in der IBB

IBB legt ersten Nachhaltigkeitsbericht vor

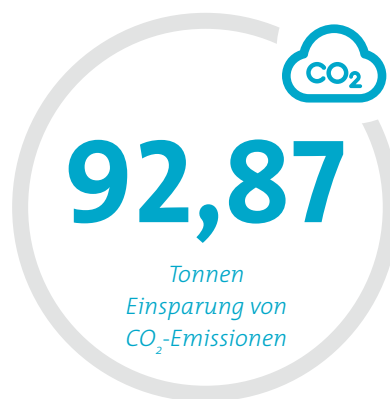
Im Februar 2016 hat die IBB ein Nachhaltigkeitsprojekt abgeschlossen, das viele neue Ideen und Ansätze für die Umsetzung des Themas im Hause hervorgebracht hat, und das Projekt in die Linie überführt.

So wurden zunächst ein Nachhaltigkeitsbeauftragter und eine Bankbetriebsbeauftragte ernannt. Aufgabe des Nachhaltigkeitsbeauftragten ist es, das Thema der Nachhaltigkeit in der IBB weiter zu entwickeln und voranzubringen und u. a. die Umsetzung des Gesetzes zur Stärkung der nichtfinanziellen Berichterstattung der Unternehmen (CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz) zu koordinieren. Diese verlangt von der IBB als kapitalmarktorientiertem Unternehmen ab 2018 eine erweiterte Berichterstattung zu nicht finanziellen Aspekten ihrer Geschäftstätigkeit, die unmittelbare und wesentliche Auswirkungen auf die Wirtschafts- und Finanzlage des Unternehmens haben. Dabei geht es um Information zu Umwelt-, Sozial- und Arbeitnehmerbelangen sowie die Achtung der Menschenrechte und die Bekämpfung von Korruption und Bestechung. Die Umsetzung dieser EU-Richtlinie in nationales Recht steht unmittelbar bevor.

Die Bankbetriebsbeauftragte kümmert sich dagegen um zahlreiche Einzelthemen wie die regelmäßige Prüfung, Auswertung und Steuerung der mit dem Bank- bzw. Gebäudebetrieb zusammenhängenden Einflussfaktoren zur Sicherung eines wirtschaftlichen und ressourcenschonenden Geschäftsbetriebs. Dies betrifft u. a. die Energieverbräuche (Strom, Heizung, Kälte, Wasser, Abwasser) und die Müllentsorgung.

Unter dem Aspekt eines nachhaltigen Geschäftsbetriebes hat die IBB in 2016 u. a. 36 Kraftfahrzeuge abgeschafft, die den Führungskräften als Dienstwagen zur Verfügung standen, so dass jetzt nur noch vier Fahrzeuge als Poolfahrzeuge für die Wahrnehmung von Außenterminen durch den Vorstand, die Führungskräfte und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses zur Verfügung stehen. Daraus ergibt sich eine Einsparung der CO₂-Emissionen in Höhe von 92,87 t CO₂ im Jahr.

Solche Daten und weitere Informationen zur Nachhaltigkeit veröffentlicht die IBB seit 2016 in einem Nachhaltigkeitsbericht, der alle drei Jahre erneuert und regelmäßig unterjährig aktualisiert wird. Dieser Bericht wird nicht gedruckt, sondern lediglich im Internet veröffentlicht unter: <https://www.ibb.de/de/ueber-die-ibb/engagement/nachhaltigkeit/nachhaltigkeit.html>



Refinanzierung

Zur Refinanzierung ihrer Förderprogramme setzt die Investitionsbank Berlin Mittel der Europäischen Union, der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Berlin ein. Im Berichtsjahr wurden neben programmbezogenen Refinanzierungsmitteln auch Mittel aus einem Globaldarlehen der KfW mit einem Finanzierungsrahmen von 250 Mio. Euro eingesetzt.

Zur Liquiditätsbeschaffung wurden als weiterer Bestandteil der Refinanzierungsaktivitäten der IBB im Berichtsjahr, neben Aktivitäten auf dem Geldmarkt, Mittelaufnahmen durch die Emission von Kapitalmarktinstrumenten mit einem Volumen von rund 1,3 Mrd. Euro durchgeführt.

Personalbericht



Personalstruktur

Die Investitionsbank Berlin hatte am Ende des Berichtsjahres 628 Beschäftigte, davon 370 Mitarbeiterinnen und 258 Mitarbeiter. Die Belegschaft ist damit gegenüber dem Vorjahr um 2 Mitarbeiter angewachsen. Auf die Beschäftigten entfallen insgesamt 34 Auszubildende, was einer Quote von 5,4 % entspricht.

Altersstruktur der Beschäftigten

Das Durchschnittsalter lag zum Ende des Jahres 2016 bei rund 46 Jahren, wobei die Mitarbeiter mit 45,7 Jahren nur unwesentlich älter waren als die Mitarbeiterinnen (45,5 Jahre).

Damit ist das Durchschnittsalter der Belegschaft in den letzten 10 Jahren um rund 3 Jahre angestiegen. Gleichzeitig verzeichnen wir einen Anstieg der durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit, die derzeit bei 19,8 Jahren liegt.

Aus- und Weiterbildung

Ein Baustein unserer Personalentwicklung ist die betriebliche duale Ausbildung. Im Jahr 2016 befanden sich 11 angehende Bankkaufleute und 23 Dual-Studierende in ihrer Ausbildung bei der IBB. Von den Dual-Studierenden verfolgen insgesamt 14 die Fachrichtung „Bank“, sechs die Fachrichtung „Immobilienwirtschaft“ und drei das Studium der „Informatik“. 11 junge Menschen, darunter vier Auszubildende und sieben Dual-Studierende, haben ihre Ausbildung in 2016 aufgenommen. Acht junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden 2016 in ein Arbeitsverhältnis übernommen.

Die IBB fördert im Rahmen der Weiterbildung das lebenslange Lernen, um die Kompetenzausstattung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu sichern und auszubauen. Das Unternehmen investierte in 2016 durchschnittlich 3,72 Weiterbildungstage pro Beschäftigten.

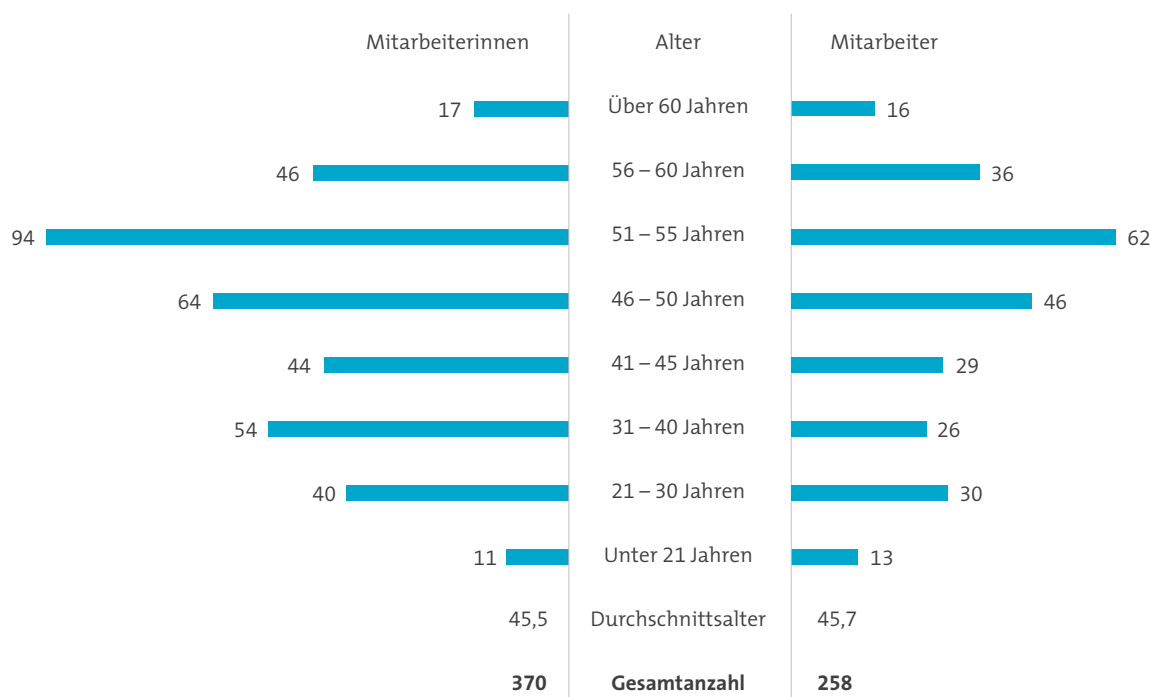
Personalstruktur* am 31.12.2016

	Angestellte		Auszubildende		Insgesamt	
	2015	2016	2015	2016	2015	2016
Mitarbeiterinnen	353	353	17	17	370	370
Mitarbeiter	242	241	14	17	256	258
Insgesamt	595	594	31	34	626	628

* ohne Vorstand

Zum Start des Modellprojektes „Home-Office“ nutzen bereits 31 % der Beschäftigten diese Möglichkeit.

Altersstruktur der Beschäftigten



Modellprojekt „Home-Office“ gestartet

Zum 1.7. 2016 haben wir das Projekt „Home-Office“ in der IBB gestartet, dessen Pilotphase auf das Jahresende 2017 terminiert ist. Das Interesse an diesem Projekt, das es unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erlaubt, in verschiedenen Modellen von zu Hause aus zu arbeiten, ist groß.

Per 30.1. 2017 haben sich 194 Beschäftigte (121 Mitarbeiterinnen und 73 Mitarbeiter) und damit knapp ein Drittel der Belegschaft an dem Pilotprojekt beteiligt. Für die IBB ist dies ein Zeichen, dass flexible Arbeitszeit- und Arbeitsplatzmodelle einen Beitrag für die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben leisten können.

Dank des Vorstands

Wir danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre geleistete Arbeit im Berichtsjahr. In vielen Bereichen wurde ein großer Einsatz gezeigt, der notwendig war, um die guten Ergebnisse zu erreichen. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich auch in 2016 in verschiedenen Projekten sozial engagiert. Auch dafür danken wir ihnen recht herzlich.

Lagebericht

Grundlagen

Die Investitionsbank Berlin (IBB), Anstalt öffentlichen Rechts, ist die Förderbank des Landes Berlin. Träger der IBB ist das Land Berlin. Auf der Grundlage des IBB-Gesetzes vom 25.05.2004 unterstützt sie das Land bei der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben. Die Aufgaben der IBB fallen unter die Grundsätze der EU-Kommission für die Geschäftstätigkeit von Förderinstituten (Absprache der Bundesrepublik mit der EU-Kommission vom 27.03.2002, der so genannten Verständigung II). Sie verfügt über eine Anstaltslast, eine Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin und eine Privilegierung nach Artikel 116 Abs. 4 CRR (früherer Solva-o-Status) sowie über ein Institutsrating der Ratingagentur Fitch mit der bestmöglichen Bonitätsstufe „AAA“. Von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) wurde sie im August 2016 als potenziell systemgefährdendes Institut (PSI) im Sinne des Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes (SAG) eingestuft. Gegen diese Einstufung hat die IBB Widerspruch eingelegt. Die sofortige Vollziehung des Bescheides wurde in der Folge seitens der BaFin im Dezember 2016 ausgesetzt.

Die Bank stellt unter Beachtung der EU-beihilferechtlichen Vorschriften Finanzmittel bereit bzw. führt Fördermaßnahmen insbesondere auf den Gebieten der Wirtschafts- und Wohnungsbauförderung, des Klimaschutzes und der Infrastrukturförderung durch. Dabei agiert sie wettbewerbsneutral in Zusammenarbeit mit den Geschäftsbanken und Risikokapitalgebern. Sie verfügt über ein Förderproduktportfolio bestehend aus revolvingierenden Instrumenten in Form von Darlehen, Mezzanine-Kapital sowie Beteiligungen, Zuschussprogrammen sowie Beratungsleistungen. Die IBB refinanziert sich an den Geld- und Kapitalmärkten und setzt Mittel aus öffentlichen Haushalten des Landes, des Bundes und der EU ein.

Unternehmensmodell und Geschäftsstrategie

Das übergeordnete Unternehmensziel der IBB definiert sich durch den gesetzlich verankerten Förderauftrag. Die IBB-Gruppe verfolgt in Umsetzung ihres Förderauftrages das folgende Geschäftsmodell:

- ↳ Förderung der Berliner Wirtschaft, von Wohnimmobilien und Wohnungsneubau und Klimaschutzmaßnahmen
- ↳ Einsatz von revolvingierenden Finanzinstrumenten, Darlehen, Mezzaninen-Finanzierungen, Beteiligungen, Bürgschaften und Zuschüssen sowie Beratungsleistungen
- ↳ Übernahme weiterer Aufgaben für das Land Berlin als Dienstleister
- ↳ Effizientes und kostenbewusstes Management der Darlehensbestände, insbesondere aus der Immobilienförderung des Landes Berlin/der IBB
- ↳ Erwirtschaftung von Erträgen aus der Übernahme von Kreditrisiken, der Liquiditätssteuerung, Fristentransformation sowie Eigenanlagen zur Unterstützung der Förderaufgaben, die im Rahmen des Berlin-Beitrags mit dem Land jährlich abgestimmt und abgerechnet werden
- ↳ Jederzeitige Einhaltung aller aufsichtsrechtlichen Verpflichtungen

Die Geschäftsstrategie setzt sich aus den folgenden Teilen zusammen:

Im allgemeinen Teil werden insbesondere die Ziele und Maßnahmen – inkl. Digitalisierung – sowie das Governance-Framework der IBB dargelegt. Im zweiten Teil werden die Teilstrategien der drei Geschäftsfelder Wirtschaftsförderung, Immobilien- und Stadtentwicklung sowie Bankbuch inkl. Treasury behandelt. Im Geschäftsfeld Wirtschaftsförderung erfolgt die Beratung zu

den Wirtschaftsförderprodukten sowie deren Vertrieb. Zielgruppen sind insbesondere Existenzgründer, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie innovative Unternehmen, die in den Berliner Zukunftsfeldern agieren. Im Geschäftsfeld Immobilien- und Stadtentwicklung erfolgt der Vertrieb der Immobilienförderprodukte im Rahmen der förderpolitischen Zielsetzung des Landes. Zielgruppen sind insbesondere städtische und börsennotierte Wohnungsbaugesellschaften, Wohnungsbaugenossenschaften, private Immobilieninvestoren und -gesellschaften, Geschäftsbanken, Kooperations- und Vertriebspartner sowie Privatkunden. Das Geschäftsfeld Bankbuch inkl. Treasury dient der Unterstützung zur Erfüllung der Förderaufgaben der IBB, indem es für das Management der Liquiditäts- und Zinsänderungsrisiken des Fördergeschäfts zuständig ist. Darüber hinaus hat das Bankbuch inkl. Treasury ein angemessenes Liquiditätsportfolio zur Aufrechterhaltung der Liquidität der Bank sowie zur Einhaltung aufsichtsrechtlicher Kennziffern ergebnisorientiert zu managen. Inhalt des dritten Teils sind die Funktionalstrategien für die Betriebsorganisation, das Personalmanagement sowie die Unternehmenskommunikation.

Die Risikostrategie, die IT- sowie die Vergütungsstrategie sind in separaten Dokumenten fixiert. Die Risikostrategie gibt die risikoseitigen Leitplanken für die Umsetzung der Geschäftsstrategie vor, indem sie den Handlungsrahmen definiert, wie Risiken zu steuern sind. Im Rahmen der IT-Strategie wird das Ziel verfolgt, auch im Zeitalter der Digitalisierung den Förderauftrag (kosten-) effizient und sicher zu erfüllen. Schwerpunkte der Vergütungsstrategie sind die Einhaltung einer stabilen Vergütungspraktik, eine leistungs- und marktgerechte Vergütung der Beschäftigten und die Risikobetrachtung im Zusammenhang mit variablen Vergütungsbestandteilen.

Unternehmensstruktur

Organe der IBB sind der Vorstand sowie der Verwaltungsrat. Die IBB verfügt des Weiteren über einen Beirat. Die IBB gliedert sich in vier Unternehmensbereiche, durch welche die Trennung von Markt und Marktfolge gewährleistet ist. Der Vorstand führt die Geschäfte der IBB in eigener Verantwortung nach Maßgabe der Gesetze, der Satzung, der vom Verwaltungsrat beschlossenen Richtlinien sowie der für ihn geltenden Geschäftsordnung.

Steuerungssysteme der Bank

Die Steuerung der Bank erfolgt nach bank- und betriebswirtschaftlich üblichen Steuerungskonzepten und -methoden. In Bezug auf ihre Geschäftstätigkeit steht für die IBB die nachhaltige Unterstützung des Landes Berlin bei struktur- und wirtschaftspolitischen Aufgaben im Vordergrund.

Eine Rahmenbedingung für die Steuerung ist die dauerhafte und nachhaltige Stärkung des Eigenkapitals der Bank. Die IBB definiert diesen Wert als bilanzielles Eigenkapital in all seinen Komponenten zuzüglich seiner Vorsorgereserven.

Als erfolgsorientierte **Steuerungsgrößen** bzw. **finanzielle Leistungsindikatoren** der IBB dienen dabei insbesondere:

- ↳ das Neugeschäftsvolumen
- ↳ das wirtschaftliche Ergebnis
- ↳ die Förder-Cost-Income-Ratio
- ↳ die Gesamtkapitalquote.

Dem öffentlichen Förderauftrag folgend ist das **Neugeschäftsvolumen** in den Geschäftsfeldern Immobilien- und Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung eine wesentliche Kenngröße. Zur Steuerung der zukünftigen strategischen Wachstumsschritte im Fördergeschäft ermittelt die Bank das Neugeschäftsvolumen gegliedert nach Förderprogrammen. Das Neugeschäftsvolumen beinhaltet in erster Linie alle ausgesprochenen Neuzusagen und wird durch Anschluss- und Umfinanzierungen sowie Ergänzungsfinanzierungen in bestehenden Förderengagements ergänzt.

Das **wirtschaftliche Ergebnis** ermittelt sich aus dem Jahresergebnis zuzüglich des Berlin-Beitrages. Im Berlin-Beitrag werden die für die Bank wirtschaftlich defizitären Förderaktivitäten abgebildet, die sie auf Wunsch des Landes Berlin durchführt. Die Steuerung des wirtschaftlichen Ergebnisses erfolgt auf Gesamtbankebene. Dabei ist die Tätigkeit der IBB nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet.

Die **Förder-Cost-Income-Ratio**, unter Berücksichtigung des Berlin-Beitrages, ermittelt sich aus dem Quotienten aus den Verwaltungsaufwendungen und den operativen Erträgen. Dabei beinhalten die operativen Erträge außer dem Zins- und Provisionsüberschuss das sonstige betriebliche Ergebnis inkl. des Berlin-Beitrages.

Neben dem ökonomischen Kapital, das als maßgebliche Risikosteuerungsgröße im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung von Bedeutung ist, dient die **Gesamtkapitalquote**, berechnet nach den Vorgaben der Capital Requirements Regulation (CRR) als Quotient von haftendem Eigenkapital und der Summe der Risikoaktiva, als weitere wesentliche Steuerungsgröße der IBB.

Für alle Kennzahlen gibt es Planwerte, die im Rahmen der Gesamtbanksteuerung regelmäßig Plan-Ist-Vergleichen unterzogen werden, sowie Szenario- und Prognoserechnungen, um entsprechende Steuerungsimpulse setzen zu können.

Außer den finanziellen Leistungsindikatoren definiert die IBB als **nichtfinanziellen Leistungsindikator** die qualitative Entwicklung ihrer Mitarbeiter. Dabei sind für den Geschäftserfolg der Bank die Leistungen aller Mitarbeiter wesentlich. Hier unterstützt die Bank ihre Mitarbeiter durch vielfältige Personalentwicklungsmaßnahmen.

Neue Entwicklungen wie die immer komplexere Bankenregulation sowie der demografische Wandel erfordern auch personell eine hohe Flexibilität. Daher investiert die Bank im Rahmen eines jährlichen Weiterbildungsprogramms in die kontinuierliche Förderung und Entwicklung ihrer Beschäftigten und qualifiziert diese für künftige Herausforderungen.

Wie in den vergangenen Jahren wurden die Mitarbeiter durch systematisch abgeleitete Weiterbildungs- und Personalentwicklungsmaßnahmen qualifiziert. Außer fachlichen und methodischen Themen wurden auch persönliche und soziale Kompetenzen der Mitarbeiter gestärkt. Die Beschäftigten der IBB nahmen hierbei sowohl an Qualifizierungsmaßnahmen bei externen Anbietern als auch an intern entwickelten Spezialprogrammen teil. Rechtlich relevante Themen wurden u. a. über spezielle computerunterstützte Trainingsprogramme (CBT-Programme) abgebildet. Im Durchschnitt investierten die Beschäftigten jeweils rund 3,7 Tage in (seminarbasierte) Weiterbildung.

In Ergänzung dazu lag im Berichtsjahr aufgrund verschiedener organisatorischer Veränderungen ein Schwerpunkt auf Maßnahmen der begleitenden Organisationsentwicklung sowie Teamentwicklung.

Nachhaltigkeitsbericht

Für die IBB als Förder- und Strukturbank des Landes Berlin ist die Nachhaltigkeit ein implizierter Bestandteil des Geschäftsmodells. Die entsprechenden Ziele und Herausforderungen, die die Grundlage für unser nachhaltiges Handeln bilden, sind in einem gesonderten Nachhaltigkeitsbericht fixiert, der regelmäßig aktualisiert wird.

Wirtschaftsbericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Weltwirtschaft wuchs 2016 vor dem Hintergrund zahlreicher Unwägbarkeiten lediglich in einem moderaten Tempo. Neben der Brexit-Entscheidung im Vereinigten Königreich sowie dem gescheiterten Verfassungsreferendum und der Bankenkrise in Italien sind zuletzt Unsicherheiten über die Neuausrichtung der US-Politik nach der Wahl des neuen Präsidenten hinzugekommen. Aber auch die schwierigen Transformationsprozesse in China haben die globale wirtschaftliche Entwicklung belastet. Zwar haben die seit Anfang 2016 zweistellig ausgeweiteten öffentlichen Infrastrukturinvestitionen der chinesischen Konjunktur im Jahresverlauf Impulse gegeben. Problematisch waren jedoch die Exportschwäche und die Überhitzung des Immobiliensektors. Die US-Wirtschaft konnte ihre Ungleichgewichte 2016 weiter abbauen und zuletzt wieder auf einen robusten Wachstumskurs einschwenken. Mit schneller steigenden Löhnen kam der Aufschwung mehr und mehr bei der breiten Bevölkerung an. Die Wahl des neuen Präsidenten und die dadurch ausgelösten Hoffnungen auf einen spürbaren Schub für die Konjunktur haben zum Jahresende die positive Stimmung weiter verstärkt.

Im Euroraum hat sich das Wachstum im Jahr 2016 mit einer Rate von 1,7 % nach zwei relativ guten Jahren normalisiert. Hier hat auch die extrem lockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) zum konjunkturellen Aufschwung beigetragen. Ein Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik wird immer schwieriger, zumal auch die Inflationsrate nach wie vor von der EZB-Zielvorstellung von knapp unter 2 % entfernt ist. Die in den meisten Ländern der Währungsunion hohe Arbeitslosigkeit hielt die Inflation auch 2016 niedrig. In diesem Umfeld nahm die EZB lediglich sanfte Kursänderungen vor. So verlängerte sie ihr Ankaufprogramm (APP) im Dezember zwar um weitere neun Monate bis Ende 2017, verband dies aber mit einer Rücknahme des Ankaufvolumens um 20 Mrd. Euro auf künftig monatlich 60 Mrd. Euro. Weitere Bausteine waren der Wegfall der für Ankäufe geforderten Mindestrendite sowie die Einbeziehung von Anleihen mit sehr kurzen Laufzeiten in das APP. Beide Maßnahmen mildern den Nachfragedruck in den langen Laufzeitbändern und trugen damit zu einer Normalisierung der Zinsstrukturkurve bei.

In Deutschland setzte sich der konjunkturelle Aufschwung 2016 fort. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) war nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahresdurchschnitt 2016 um 1,9 % höher als im Vorjahr. Es verzeichnete damit das stärkste Wachstum seit fünf Jahren. Ausschlaggebend für die positive Entwicklung im Jahr 2016 war der Konsum. Der kräftige Anstieg der staatlichen Konsumausgaben ist u. a. auf die hohe Zuwanderung von Asylsuchenden und die daraus resultierenden Kosten zurückzuführen.

Das Berliner Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2016 mit einer Steigerungsrate von 3,0 % erneut überdurchschnittlich stark gewachsen sein. Ausschlaggebend für das kräftige Wachstum waren vielfältige Entwicklungen: Niedrige Zinsen, eine nach wie vor wachsende Bevölkerung, ein weiterhin boomender Tourismus, kräftige Lohn- und Rentenerhöhungen sowie eine hohe Konsumneigung haben der Konjunktur kräftige Impulse verschafft. Aber auch das Wachstum im Außenhandel trug 2016 zum dynamischen Wirtschaftsverlauf in Berlin bei. Die größten Wachstumsimpulse kamen aber aus dem Baubereich, wo viele Unternehmen bereits an ihrer Kapazitätsgrenze arbeiten, sowie aus den unternehmensnahen Dienstleistungen. Vor allem in der Digitalen Wirtschaft wurde das Personal zuletzt deutlich aufgestockt. Hier wird inzwischen auf Vorrat eingestellt, weil gut ausgebildete Mitarbeiter für spezifische IT-Themen immer schwerer zu finden sind.

Zwar sind in Berlin immer noch rund 170.000 Arbeitssuchende gemeldet, doch bietet der Berliner Arbeitsmarkt inzwischen vielen Menschen Jobmöglichkeiten. Dafür spricht die aktuell hohe Nachfrage nach Arbeitskräften, auch in den unterdurchschnittlich entlohnten Bereichen. Die Berliner Arbeitslosenquote lag 2016 mit 9,8 % deutlich unter Vorjahresniveau und zum ersten Mal seit der Wiedervereinigung unter der Marke von 10 %. Wie stark sich der Arbeitsmarkt verbessert hat, wird auch an den Beschäftigtenzahlen sichtbar. Insgesamt waren rund 47.000 mehr Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt als ein Jahr zuvor. Mit dieser Steigerung von 3,5 % liegt Berlin deutlich über dem bundesdeutschen Schnitt. Innerhalb von drei Jahren sind in Berlin rund 130.000 neue Arbeitsplätze entstanden, vor allem in den verschiedenen Bereichen der Digitalen Wirtschaft.

Ein Bereich, der sich innerhalb der Digitalen Wirtschaft 2016 besonders rasant entwickelte, ist die technologiegetriebene Erstellung von neuartigen Lösungen für Finanz- und Versicherungsdienstleistungen. Als wichtiger Start-up-Standort nimmt Berlin auch in diesem Teilbereich der Digitalen Wirtschaft deutschlandweit die führende Position ein und ist im internationalen Maßstab weithin sichtbar. Dies dokumentieren die zahlreichen Fintech-Neugründungen, die anhaltende Zuwanderung von hoch qualifizierten Arbeitskräften und der beachtliche Zufluss an Wagniskapital. Auch 2016 dominierte Berlin die Start-up-Szene in Deutschland. Von insgesamt 1,9 Mrd. Euro Risikokapital konnten Berliner Start-ups mit rund 1 Mrd. Euro mehr als die Hälfte des gesamten deutschen Volumens einsammeln. Im europäischen Vergleich lag Berlin 2016 an dritter Stelle – gleich hinter London und Paris.

Dagegen entwickelten sich die Umsätze in der klassischen Industrie im Jahresverlauf 2016 eher schleppend. Gleichwohl wurden 2016 deutlich mehr Berliner Waren exportiert, vor allem aufgrund gestiegener Ausfuhren nach USA, China und Ägypten. Der starke Anstieg der Berliner Warenexporte ist vor allem auf die Ausfuhren von Kraftmaschinen und Kraftfahrzeugteilen zurückzuführen. Zur Warengruppe der Kraftmaschinen gehören u.a. auch Gasturbinen. Eine sehr starke Stütze waren auch 2016 die Ausfuhren in die USA, dem seit langem wichtigsten Berliner Exportland (Anteil an allen Exporten: 13 %). In die USA werden vor allem Pharmazeutische Produkte, Motorräder sowie Geräte zum Ausbau der elektrischen Infrastruktur geliefert. Im Jahr 2016 stützte der niedrige Euro-Kurs die Berliner Exporte in die USA.

Die größten Wachstumsimpulse kamen 2016 jedoch aus dem Baubereich. Im Gegensatz zur Entwicklung in der Industrie waren die Auftragsbücher der Berliner Bauunternehmen auch 2016 prall gefüllt. Die Zahl der Auftragseingänge stieg um nahezu 40 %. In der Folge konnte somit der höchste Auftragsbestand seit 16 Jahren verzeichnet werden. Vor dem Hintergrund des anhaltend starken Wachstums der Berliner Bevölkerung entfällt fast die Hälfte der bauwirtschaftlichen Auftragseingänge auf den hauptstädtischen Wohnungsbau. Alles in allem stiegen die Auftragseingänge im gesamten Berliner Bauhauptgewerbe 2016 in den Sparten Wohnungsbau, Wirtschaftsbau sowie Öffentlicher Bau auf rund 2,5 Mrd. Euro.

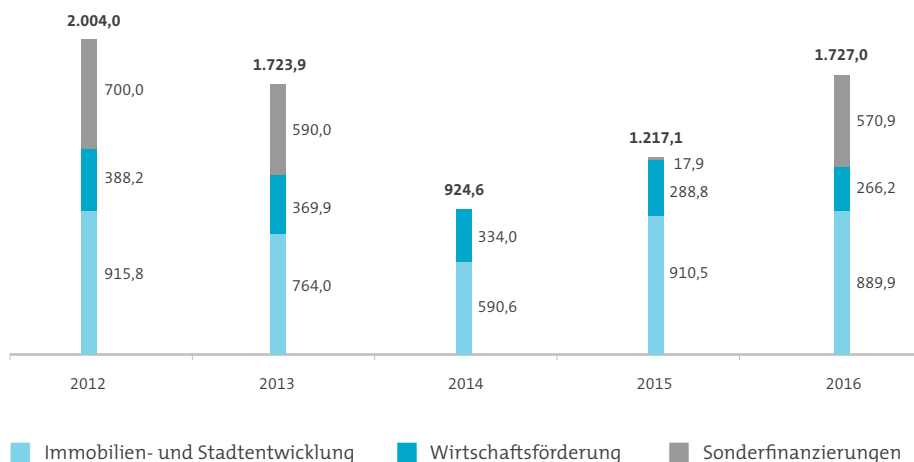
Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2016 war geprägt durch die unverändert andauernde Niedrigzinsphase. Zugleich spiegelte eine hohe Nachfrage nach Förderfinanzierungen die anziehende Investitionstätigkeit der Berliner Wirtschaft wider.

Der Schwerpunkt der Förderaktivitäten lag im abgelaufenen Berichtsjahr bei mittelständischen Unternehmen, Existenzgründern und Maßnahmen in der Wohnraumförderung. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich das Neugeschäftsvolumen um 42 % auf 1.727,0 Mio. Euro (Vorjahr 1.217,1 Mio. Euro).

Entwicklung des Neugesäftsvolumens

für Darlehen, Avale und Zuschüsse in Mio. Euro



Im Geschäftsfeld **Immobilien- und Stadtentwicklung** hat die IBB als Partner der Berliner Immobilien- und Wohnungswirtschaft Finanzierungszusagen in Höhe von 889,9 Mio. Euro gegeben (Vorjahr 928,4 Mio. Euro inklusive Sondergeschäft). Damit ist der Wert im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant geblieben. Der ambitionierte Planwert unseres Neugeschäftes wurde zu 88 % erreicht.

Die Förderung des Wohnungsneubaus konnte erheblich ausgeweitet werden. Insgesamt wurden Darlehen in Höhe von 276,4 Mio. Euro (Vorjahr 119,4 Mio. Euro) zugesagt. Erneut nachgefragt waren mit 47,0 Mio. Euro (Vorjahr 52,5 Mio. Euro) die öffentlichen Baudarlehen im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung sowie insbesondere die ergänzenden Förderfinanzierungen in Höhe von 176,2 Mio. Euro (Vorjahr 52,9 Mio. Euro).

Im Rahmen des Programms „Berlin Infra“ hat die IBB Infrastrukturinvestitionen von kommunalen Unternehmen begleitet. Entgegen den Erwartungen reduzierte sich das Neugesäftsvolumen von 73,9 Mio. Euro auf 41,0 Mio. Euro. Durch die verstärkte Zusammenarbeit mit Geschäftsbanken bei Konsortialfinanzierungen (222,2 Mio. Euro; Vorjahr 154,6 Mio. Euro) konnte der Rückgang jedoch mehr als kompensiert werden.

Darüber hinaus unterstützt die IBB bestehende Förderengagements mit individuellen und bedarfsgerechten Finanzierungskonzepten. Durch Anschluss- und Umfinanzierungen sowie Ergänzungsfinanzierungen zur Schließung von Finanzierungslücken wurden Bewilligungen in einer Gesamthöhe von 250,9 Mio. Euro ausgesprochen (Vorjahreswert: 440,3 Mio. Euro).

Im Geschäftsfeld **Wirtschaftsförderung** sorgten das anhaltende konjunkturelle Wachstum und die hohe Nachfrage nach Förderfinanzierungen für eine deutlich erhöhte Inanspruchnahme einzelner Förderprogramme. Insgesamt konnten durch die Wirtschaftsförderung Finanzierungszusagen für Darlehen, Avale und Zuschüsse in Höhe von 837,1 Mio. Euro (Vorjahr 288,8 Mio. Euro) ausgesprochen werden.

Der deutliche Anstieg ist in Höhe von 570,9 Mio. Euro auf die Finanzierung des Flughafens Berlin Brandenburg zurückzuführen. Davon entfallen 300,9 Mio. Euro auf die vorfristige Prolongation des bereits bestehenden Kreditvolumens.

Das „IBB Wachstumsprogramm“, in dem langfristige Darlehen für typische Investitionsvorhaben im Mittelstand zu vergünstigten Konditionen vergeben werden, ist mit Zusagen von 136,9 Mio. Euro nach wie vor das volumenstärkste Programm. Gegenüber dem Vorjahr (125,0 Mio. Euro) konnte das Neugeschäftsvolumen für größere Investitionen und Unternehmenserweiterungen, Um-, Anschluss- sowie Sockelfinanzierungen noch einmal gesteigert werden.

Einen weiteren wichtigen Anteil am Jahresergebnis hat die Technologieförderung mit dem Programm *Pro FIT*. Im Berichtsjahr wurden Darlehen und Zuschüsse in einer Gesamthöhe von 38,2 Mio. Euro (Vorjahr 41,9 Mio. Euro) zur Unterstützung von Forschung, Entwicklung und Innovationen in den Clustern Informations- und Kommunikationstechnik/Medien/Kreativwirtschaft, Gesundheitswirtschaft, Verkehr, Mobilität und Logistik sowie Energietechnik und Optische Technologien zugesagt.

Mit Bewilligungen in Höhe von 51,1 Mio. Euro konnte das Förderprogramm „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) das Ergebnis des Vorjahres (61,7 Mio. Euro) nicht erreichen. Dennoch nutzten im Geschäftsjahr erneut viele Berliner Unternehmen diese attraktiven Zuschussmittel für gewerbliche Investitionen und leisteten somit einen wichtigen Beitrag zur Schaffung und Sicherung von Dauerarbeitsplätzen.

Lage der Bank

Ertragslage

Die Bank blickt erneut auf ein solides Geschäftsjahr zurück.

Das über den Erwartungen liegende **wirtschaftliche Ergebnis** von 52,5 Mio. Euro (Vorjahr 110,1 Mio. Euro) ermöglichte durch Sondereffekte Maßnahmen zur Stärkung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals und die erstmalige Dotierung eines Berlin-Förder-Fonds (45,0 Mio. Euro) zur nachhaltigen Unterstützung der wirtschaftlich defizitären Förderaktivitäten der IBB.

Die Ertragslage der IBB wird durch die nachfolgende Ergebnisrechnung verdeutlicht. In dieser werden wie im Vorjahr einzelne in der handelsrechtlichen GuV-Rechnung ausgewiesene Beträge nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten umgegliedert bzw. ergänzt.

- Hiervon betroffen sind **Bewertungseffekte** aus der Amortisierung von Kursaufschlägen bei hochverzinslichen Wertpapieren in Höhe von 18,5 Mio. Euro (Vorjahr 22,0 Mio. Euro). Diese wurden aus ökonomischen Gesichtspunkten aus dem Zinsergebnis in das Bewertungsergebnis umgegliedert.
- Des Weiteren sind Aufwendungen der IBB, die dem Land als **Berlin-Beitrag** gestellt werden, betroffen.

In diesem Zusammenhang werden 12,0 Mio. Euro (Vorjahr 14,3 Mio. Euro) aus dem GuV-Posten „sonstige betriebliche Aufwendungen“ und 2,1 Mio. Euro (Vorjahr 2,9 Mio. Euro) aus der Risikovorsorge als Berlin-Beitrag berücksichtigt. Darüber hinaus fließen die unentgeltlich erbrachten Leistungen der IBB (14,6 Mio. Euro, Vorjahr 14,4 Mio. Euro) ausschließlich kalkulatorisch in die Ergebnisrechnung ein. Diese Leistungen werden als betrieblicher Ertrag und zusätzlich als Berlin-Beitrag abgebildet.

in Mio. Euro	2016	2015	Veränderung	
			absolut	in %
Zinsüberschuss	123,3	129,8	-6,5	-5,0
Provisionsüberschuss	3,1	4,6	-1,6	-34,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	86,2	67,1	19,1	28,4
Operative Erträge	212,6	201,6	11,0	5,5
Verwaltungsaufwand	-80,0	-81,3	1,3	1,6
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertungsergebnis	132,5	120,2	12,3	10,2
Risikovorsorge/Bewertungsergebnis	-35,0	-10,2	-24,8	-244,5
Zuführung Berlin-Förder-Fonds	-45,0	0,0	-45,0	-
Wirtschaftliches Ergebnis	52,5	110,1	-12,5	-52,3
Berlin-Beitrag	-28,7	-31,6	2,9	9,1
Jahresüberschuss	23,8	78,5	-54,7	-69,6

Operative Erträge

Der **Zinsüberschuss** liegt mit 123,3 Mio. Euro moderat unter dem des Vorjahres (129,8 Mio. Euro). Er entwickelte sich erneut aufgrund kurzfristig vorteilhafterer Refinanzierungskonditionen weniger rückläufig, als angesichts des weiterhin sehr niedrigen Zinsniveaus erwartet worden war. Der Zinsüberschuss blieb damit unverändert die wichtigste Ertragsquelle der IBB.

Der **Provisionsüberschuss** (3,1 Mio. Euro, Vorjahr 4,6 Mio. Euro) ist maßgeblich von Entgelten für die Bearbeitung von Bürgschaften und Zuschüssen der Immobilienförderung geprägt. Dass die Vorjahreswerte unterschritten werden, wird auf das erwartungsgemäße Auslaufen von Förderungen in 2016 zurückgeführt.

Das **sonstige betriebliche Ergebnis** wurde im Berichtsjahr erneut durch Sondereffekte beeinflusst. Nach richtlinienkonformer Verwendung konnten bislang passivierte EFRE-Verbindlichkeiten in Höhe von rund 70 Mio. Euro nunmehr als Zuschuss in der GuV vereinnahmt werden. Weitere 12,5 Mio. Euro resultierten aus nicht rückzahlbaren Zuschüssen für die VC-Fonds, die die IBB 2016 erhalten hat und die zur Eigenkapitalstärkung vollständig thesauriert und der Zweckrücklage der IBB zugeführt werden sollen.

Damit übersteigt das Ergebnis sowohl die Vorjahreswerte als auch die Planwerte deutlich.

Verwaltungsaufwand

Der deutlich unter den Erwartungen liegende Verwaltungsaufwand, der neben dem Personal- und Sachaufwand auch die Abschreibungen auf das Anlagevermögen umfasst, ist gegenüber dem Vorjahr um 2 % auf -80,0 Mio. Euro (Vorjahr -81,3 Mio. Euro) gesunken.

Der Personalaufwand (-50,4 Mio. Euro, Vorjahr -49,1 Mio. Euro) entwickelte sich insgesamt planmäßig.

Eine unverändert hohe Kostendisziplin, verbunden mit einer gesunkenen bankaufsichtsrechtlichen Umlage, reduzierte den Sachaufwand um 2,5 Mio. Euro auf – 25,4 Mio. Euro (Vorjahr – 27,9 Mio. Euro). Damit liegt der Sachaufwand zudem unter den operativen Planwerten.

Inklusive der Sondereffekte im sonstigen betrieblichen Ergebnis ergibt sich eine **Förder-Cost-Income-Ratio** von 37,7 %. Ohne Sondereffekte beläuft sich diese auf 59,7 % (Vorjahr 54,6 %) und unterschreitet damit deutlich den Planwert. Im Vorjahr wurde eine deutliche Erhöhung der Förder-Cost-Income-Ratio durch rückläufige Erträge bedingt durch die weiter andauernde Niedrigzinsphase prognostiziert.

Risikovorsorge/Bewertungen

Eine positive Veränderung der Bonitätsstruktur der Kreditnehmer und das erneute Ausbleiben spürbarer Kreditausfälle ließen den Aufwand für die Risikovorsorge sinken. Das auf Planniveau liegende Bewertungsergebnis beträgt – 10,0 Mio. Euro (Vorjahr – 10,2 Mio. Euro) und beinhaltet die Dotierung von allgemeinen Vorsorgereserven in Höhe von 18,1 Mio. Euro (Vorjahr 29,2 Mio. Euro). Darüber hinaus konnten weitere 25,0 Mio. Euro aus der Ausbuchung der EFRE-Verbindlichkeiten zur Stärkung der Vorsorgereserven verwendet werden, so dass die Zuführung zur § 340f HGB-Reserve 43,1 Mio. Euro beträgt. Damit konnte die IBB ihr operatives Ergebnis erneut nutzen, um strategiekonform die Risikotragfähigkeit zu stärken.

Berlin-Förder-Fonds

Im Geschäftsjahr erfolgte mit 45,0 Mio. Euro die erstmalige Dotierung eines Berlin-Förder-Fonds zur Unterstützung der wirtschaftlich defizitären Förderaktivitäten der IBB im Rahmen des zukünftig zu erbringenden Berlin-Beitrages. Die Dotierung des Fonds spiegelt sich in den Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB) wider.

Wirtschaftliches Ergebnis

Die operativen Ergebniserwartungen der einzelnen Segmente wurden erfüllt:

	IBB gesamt		Immobilien- und Stadtentwicklung		Wirtschafts- förderung		Bankbuch		Corporate Center	
in Mio. Euro	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Zinsüberschuss	123,3	129,8	63,6	63,1	9,0	9,6	40,4	58,2	10,3	– 1,0
Provisionsüberschuss	3,1	4,6	2,8	4,4	0,6	0,7	– 0,4	– 0,4	0,0	0,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	86,2	67,1	– 12,2	– 18,1	15,8	29,8	0,0	0,0	82,6	55,4
Operative Erträge	212,6	201,6	54,2	49,4	25,5	40,1	40,0	57,7	92,9	54,4
Verwaltungsaufwand	– 80,0	– 81,3	– 35,5	– 34,2	– 21,9	– 20,9	– 5,8	– 6,1	– 16,9	– 20,1
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertungsergebnis	132,5	120,2	18,7	15,1	3,6	19,2	34,3	51,6	75,9	34,3
Risikovorsorge/Bewertungsergebnis	– 35,0	– 10,2	5,4	23,6	2,2	– 5,3	0,4	0,7	– 43,1	– 29,2
Zuführung Berlin-Förder-Fonds	– 45,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	– 45,0	0,0
Wirtschaftliches Ergebnis	52,5	110,1	24,1	38,7	5,8	13,9	34,7	52,3	– 12,1	5,0
Berlin-Beitrag	– 28,7	– 31,6	– 1,8	– 1,2	– 24,1	– 26,6	0,0	0,0	– 2,9	– 3,8
Jahresüberschuss	23,8	78,5	22,4	37,6	– 18,3	– 12,7	34,7	52,3	– 15,0	1,3

Das Segment **Immobilien- und Stadtentwicklung** erbringt mit einem Zinsüberschuss von 63,6 Mio. Euro (Vorjahr 63,1 Mio. Euro) den maßgeblichen Anteil am Gesamtzinsüberschuss der Bank. Bedingt durch hohe Auflösungen in der Risikovorsorge in den Vorjahren liegt das wirtschaftliche Ergebnis mit 24,0 Mio. Euro unter Vorjahresniveau.

Die **Wirtschaftsförderung** hat das Geschäftsjahr erneut mit einem positiven wirtschaftlichen Ergebnis in Höhe von 6,0 Mio. Euro beendet, bleibt jedoch deutlich unter dem Vorjahreswert (13,9 Mio. Euro). Dies ist vor allem auf ein geringeres sonstiges Ergebnis – im Vorjahr wurden hier abrechnungsbedingt einmalig höhere Verwaltungsaufwendungen erstattet – zurückzuführen. Dagegen konnten die Planwerte, bedingt durch Auflösungen in der Risikovorsorge, deutlich übertroffen werden.

Im **Bankbuch**, dem sowohl die Banksteuerung als auch das Treasury zugeordnet wird, erreichte das wirtschaftliche Ergebnis 34,7 Mio. Euro und liegt unter dem Vorjahr (52,3 Mio. Euro). Die prognostizierten Werte für 2016 konnten nicht erreicht werden. Dieser rückläufige Trend ist maßgeblich auf das Zinsergebnis und die darin enthaltenen Vorfälligkeitsentschädigungen zurückzuführen. Im Vergleich zum Vorjahr fielen diese erfreulicherweise durch deutlich weniger vorzeitige Auflösungen deutlich geringer aus.

Das **Corporate Center** weist gegenüber dem Vorjahr ein negatives wirtschaftliches Ergebnis von – 12,1 Mio. Euro (Vorjahr 5,0 Mio. Euro) aus. Durch die bereits erwähnte Auflösung passivierter EFRE-Verbindlichkeiten (rund 70 Mio. Euro) und weiterer erhaltener EFRE-Zuschüsse (12,5 Mio. Euro) überschreitet das sonstige betriebliche Ergebnis (82,6 Mio. Euro) sowohl den Plan- als auch den Vorjahreswert. Demgegenüber stehen eine gestiegene Dotierung der Vorsorgereserven in Höhe von 43,1 Mio. Euro zur weiteren Stärkung der Risikotragfähigkeit (Vorjahr 29,2 Mio. Euro) sowie die erstmalige Dotierung des Berlin-Förder-Fonds (45 Mio. Euro).

Jahresüberschuss

Die IBB weist nach Abzug eines Berlin-Beitrages von 28,7 Mio. Euro zur Unterstützung der Förderpolitik des Landes einen Jahresüberschuss in Höhe von 23,8 Mio. Euro (Vorjahr 78,5 Mio. Euro) aus.

Es ist vorgesehen, den Jahresüberschuss, soweit er aus der Anpassung der Zuwendungsverträge für die VC Fonds resultiert (12,5 Mio. Euro), vollständig zu thesaurieren und der Zweckerücklage der IBB zuzuführen. Für den verbleibenden Betrag in Höhe von 11,3 Mio. Euro ist eine Thesaurierung von 75 % (8,5 Mio. Euro) bzw. eine Ausschüttung von 25 % (2,8 Mio. Euro) vorgesehen.

Die nach den Vorgaben des § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG ermittelte Kapitalrendite, der Quotient aus Jahresüberschuss und Bilanzsumme, beträgt 0,13 %.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich im Berichtsjahr erwartungsgemäß um 1,2 Mrd. Euro auf 18,0 Mrd. Euro verringert. Dies resultierte vornehmlich aus der rückläufigen Entwicklung der Forderungen an Kunden um 1,0 Mrd. Euro. Die Verringerung ist im Wesentlichen auf planmäßige und außerplanmäßige Tilgungen im Förderkreditgeschäft zurückzuführen. Mit einem Rückgang von 0,4 Mrd. Euro waren insbesondere die Bestände der Immobilienförderung betroffen. Das Volumen der Wirtschaftsförderung sank um 0,1 Mrd. Euro. Zusätzlich wurden die Schuldscheindarlehen um 0,1 Mrd. Euro sowie die offenen Posten um 0,4 Mrd. Euro reduziert.

Ein Rückgang der Forderungen aus im Hausbankenverfahren abgewickelterm Fördergeschäft um 0,2 Mrd. Euro hat dazu geführt, dass auch die Forderungen an Kreditinstitute insgesamt gesunken sind.

Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren blieb mit 4,2 Mrd. Euro nahezu unverändert.

Die Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen stiegen aufgrund von Kapitalerhöhungen im VC-Fonds-Geschäft um 25,0 Mio. Euro auf 133,4 Mio. Euro.

Das Geschäftsvolumen, in dem zusätzlich die Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen sowie die unwiderruflichen Kreditzusagen enthalten sind, verringerte sich um 0,7 Mrd. Euro auf 18,9 Mrd. Euro.

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung	
			absolut	in %
Forderungen an Kreditinstitute	1.964,8	2.108,8	- 144,0	-6,8
Forderungen an Kunden	11.400,8	12.417,4	-1.016,5	-8,2
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.199,2	4.243,0	-43,8	-1,0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3,7	3,3	0,4	12,3
Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen	133,4	108,4	25,0	23,1
Sonstige Aktiva	277,8	252,4	25,4	10,0
Bilanzsumme	17.979,6	19.133,3	-1.153,6	-6,0
Eventualverbindlichkeiten	137,4	110,3	27,1	24,5
Unwiderrufliche Kreditzusagen	809,1	428,5	380,6	88,8
Geschäftsvolumen	18.926,1	19.672,1	-746,0	-3,8

Die zum Jahresende bestehenden Swapgeschäfte und Derivate weisen ein Nominalvolumen in Höhe von 15,3 Mrd. Euro (Vorjahr 15,5 Mrd. Euro) aus.

Finanzlage, Kapitalstruktur und Liquidität

Die Struktur der Refinanzierungsseite hat sich gegenüber dem Vorjahr nur leicht verändert. Mit 4,0 Mrd. Euro (Vorjahr 3,9 Mrd. Euro) beträgt der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 22 % (Vorjahr 20 %). Der Anteil der verbrieften Verbindlichkeiten blieb bei gesunkenem Volumen von 6,1 Mrd. Euro (Vorjahr 6,4 Mrd. Euro) konstant bei 34 %.

Die von Kunden erhaltenen Refinanzierungsmittel, in denen hauptsächlich die vom Land Berlin zur Verfügung gestellten Mittel für die Wohnungsbauförderung enthalten sind, gingen auf 6,4 Mrd. Euro bzw. 36 % zurück (Vorjahr 7,4 Mrd. bzw. 39 %).

Durch Thesaurierung des Bilanzgewinnes 2015 in Höhe von 72,0 Mio. Euro wurde die Zweckrücklage der IBB erhöht.

Das bilanzielle Eigenkapital der IBB erhöht sich im Geschäftsjahr auf 748,0 Mio. Euro. Maßgeblich für die Veränderung sind der aktuelle Jahresüberschuss in Höhe von 23,8 Mio. Euro, der im Eigenkapital als Bilanzgewinn ausgewiesen wird, sowie die Ausschüttung eines Teiles des Bilanzgewinnes 2015 in Höhe von 6,5 Mio. Euro an das Land Berlin. Das gezeichnete Kapital betrug unverändert 300,0 Mio. Euro, alleiniger Eigentümer der IBB ist das Land Berlin.

Eigenkapitalspiegel (HGB) in Mio. Euro	Grund- kapital	Zweck- rücklagen	Bilanz- gewinn	Gesamt
Stand 31.12.2015	300,0	352,2	78,5	730,7
Ausschüttung an Land Berlin			- 6,5	- 6,5
Thesaurierung Zweckerücklage		72,0	- 72,0	0,0
Jahresüberschuss 2016			23,8	23,8
Stand 31.12.2016	300,0	424,2	23,8	748,0

Zum Bilanzstichtag ergaben sich Eigenmittel bzw. Risikopositionsbeträge nach der CRR wie folgt:

in Mio. Euro/in %	2016	2015
Gesamtrisikobetrag (RWA)	5.032,7	4.851,8
Eigenmittel	957,3	890,8
Gesamtkapitalquote	19,0 %	18,4 %
Kernkapitalquote	18,3 %	17,5 %

Die Erhöhung der Zweckerücklage führte trotz eines Anstieges der gewichteten Risikoaktiva zu einem Anstieg der Gesamtkapitalquote in 2016. Diese reflektiert die solide Kapitalausstattung der Bank, die für das Fördergeschäft angemessen ist.

Zur Liquiditätsbeschaffung wurden im Berichtsjahr, außer den Aktivitäten auf dem Geldmarkt, Mittelaufnahmen durch die Emission von Kapitalmarktinstrumenten mit einem Volumen von 1,3 Mrd. Euro durchgeführt.

Sowohl die Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin als auch die Rolle des Landes Berlin als alleiniger Eigentümer der IBB waren unterstützende Faktoren dafür, dass die IBB auch in 2016 jederzeit in der Lage war, sich zu einem angemessenen Preis mit ausreichend Liquidität in den erforderlichen Laufzeiten am Geld- und Kapitalmarkt zu versorgen.

Durch ein EZB-fähiges Asset-Portfolio wurde die Liquidität jederzeit sichergestellt. Strikte Nebenbedingungen der Liquiditätssteuerung sind die Einhaltung der regulatorischen Kennzahlen sowie der Mindestreserve.

Die Grundsätze über die Einhaltung der angemessenen Eigenmittelausstattung und Liquidität gemäß CRR und KWG wurden im Berichtsjahr stets eingehalten. Es wurden keine nennenswerten Liquiditätsrisiken quantifiziert.

Zusammenfassende Darstellung von Geschäftsverlauf und Lage

Sowohl der Geschäftsverlauf als auch die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der IBB waren im Berichtsjahr zufriedenstellend.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Beendigung des Geschäftsjahres eingetreten sind, liegen nicht vor.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognose- und Chancenbericht

Die Weltwirtschaft wird auch im Jahr 2017 erheblichen Risiken ausgesetzt sein. Hierzu zählt die politische Unsicherheit in Europa, nicht zuletzt wegen der gescheiterten Verfassungsreform und der Bankenkrise in Italien sowie der anstehenden Umsetzung des Brexit-Votums. Hinzu kommen höhere Volatilitäten auf den internationalen Finanzmärkten, auch aufgrund der Unsicherheiten bei der Neuausrichtung der US-Politik und der schwierigen Transformationsprozesse in China.

Im Euro-Raum wird die nach wie vor extrem lockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) auch 2017 wesentlich zum konjunkturellen Aufschwung beitragen. In vielen Mitgliedstaaten ist der Reformeifer mittlerweile jedoch erlahmt, und einige Staaten lassen die notwendige Haushaltsdisziplin vermissen. Weitere Strukturreformen sind aber dennoch notwendig, vor allem solche, die eine flexiblere Lohnbildung erlauben. Ein Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik wird ansonsten immer schwieriger.

In Deutschland wird sich der konjunkturelle Aufschwung auch 2017 fortsetzen. Vor allem der Arbeitsmarkt dürfte sich positiv entwickeln. Herausforderungen bleiben die Langzeit-Arbeitslosigkeit sowie die Integration zugewanderter Arbeitskräfte. Für 2017 wird mit einem etwas geringeren Wirtschaftswachstum gerechnet, was vor allem auf einen Kalendereffekt zurückzuführen ist. Die zugrunde liegende Wachstumsdynamik bleibt jedoch im Wesentlichen erhalten.

An den US-Finanzmärkten hat die Wahl des neuen US-Präsidenten im November 2016 einen markanten Zinsanstieg ausgelöst. Diese Entwicklung zog auch die Renditen in Deutschland nach oben. Sofern die hohen US-Vorgaben sich über die nächste Zeit verfestigen, sollten auch die deutschen Anleiherenditen und damit auch die Darlehenszinsen 2017 noch etwas anziehen. Mit einem kräftigen und nachhaltigen Zinsanstieg wird jedoch nicht gerechnet, da vor dem Hintergrund der globalen Risiken die Zinsen im weiteren Verlauf des Jahres 2017 auch wieder deutlich fallen könnten. Denn in turbulenten Zeiten sind besonders deutsche Staatsanleihen als sicherer Anlagehafen gefragt.

Grundsätzlich wird das Geschehen an den Kapitalmärkten schwankungsanfällig bleiben. Spitzt sich die Banken- und Wirtschaftskrise in Italien weiter zu, könnten Investoren schnell wieder zu deutschen Bundesanleihen und Pfandbriefen greifen. Die EZB wird der Debatte über einen beginnenden Ausstieg aus ihrem Ankaufprogramm im Jahr 2017 kaum ausweichen können. Schon die Verlängerung im Dezember 2016 war nur noch mit einschneidenden technischen Korrekturen möglich.

In Berlin stehen die Chancen gut, dass die Wirtschaft im Jahr 2017 wieder überdurchschnittlich wächst und auch bei der Beschäftigung das Tempo halten kann. Sollte sich das internationale Umfeld nicht weiter verdüstern, dürfte 2017 ein Wirtschaftswachstum von 2,2 % möglich sein. Bei der Beschäftigung wird sogar eine Steigerung um 3,2 % erwartet. Berlin wird auch in Zukunft zu den Gewinnern beim Stellenaufbau gehören, nicht zuletzt aufgrund der Digitalisierung der Wirtschaft. Die Digitalisierung ist in den nächsten Jahren ein treibender Bereich der Berliner Wirtschaft, der in Zusammenarbeit von Wissenschaft und Unternehmen neue und marktgängige Produkte entwickeln wird. Voraussetzung ist jedoch, dass gleichzeitig sowohl die Bildungsanstrengungen als auch die Integrationsmaßnahmen in Berlin verstärkt werden. Denn ohne fundierte Ausbildung und qualifizierten Abschluss wird man auch künftig in einer digitalisierten Berufswelt kaum Fuß fassen.

Verstärkten Rückenwind wird die Berliner Wirtschaft 2017 von den im Koalitionsvertrag genannten überfälligen öffentlichen Investitionen bekommen. In den vergangenen Jahren hat sich Berlin mit Investitionen eher zurückgehalten. Ein Schließen der Investitionslücke könnte bereits kurzfristig zu einem deutlich höheren Wirtschaftswachstum führen. Dabei werden die Investitionen der öffentlichen Hand notwendige Anreize für ein langfristiges privatwirtschaftliches Engagement in Berlin schaffen, denn letztlich werden Investitionen vor allem aus dem privaten Sektor kommen müssen. Das gelingt aber nur, wenn zusätzliche Ausgaben gezielt in wachstumsfördernde Bereiche, etwa Bildung und Infrastruktur, umgeschichtet werden.

Die Berliner Wirtschaft wird sich aufgrund der robusten Entwicklung in den Zukunftsbranchen, insbesondere im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie, auch 2017 alles in allem sehr widerstandsfähig gegenüber einem unruhigen internationalen Umfeld zeigen. Neben der Brexit-Entscheidung im Vereinigten Königreich sowie dem gescheiterten Verfassungsreferendum und der Bankenkrise in Italien kommen Unsicherheiten über die Neuausrichtung der US-Politik hinzu. Zumindest von den angekündigten Investitionsprogrammen des neuen Präsidenten dürfte aber auch die Berliner Exportwirtschaft in den kommenden Jahren profitieren. Für die privaten Konsumausgaben bleiben die Rahmenbedingungen in Berlin 2017 ebenfalls günstig. Zu nennen ist hier die starke Rentenanpassung, die noch bis in das erste Halbjahr 2017 nachwirkt. Hinzu kommen die steigende Beschäftigung und die verfügbaren Einkommen sowie der anhaltende Touristenboom. Dagegen werden von den Ölpreisen künftig keine preisdämpfenden Wirkungen mehr ausgehen.

Kräftige Impulse wird die Berliner Konjunktur 2017 auch vom unternehmensnahen Dienstleistungsbereich bekommen. Vor allem die Digitalwirtschaft wird weiterhin sehr kräftig wachsen und im Umfeld der Start-ups zahlreiche neue Arbeitsplätze schaffen. Ein Bereich, der sich innerhalb der Digitalen Wirtschaft in den nächsten Jahren besonders rasant entwickeln wird, ist die technologiegetriebene Erstellung von neuartigen Lösungen für Finanz- und Versicherungsdienstleistungen. Als wichtiger Start-up-Standort wird Berlin auch in diesem Teilbereich der Digitalen Wirtschaft deutschlandweit eine führende Position einnehmen und im internationalen Maßstab weithin sichtbar werden. Dies wird dokumentiert durch zahlreiche Fintech-Neugründungen, die anhaltende Zuwanderung von hoch qualifizierten Arbeitskräften und den beachtlichen Zufluss an Wagniskapital.

In den nächsten Jahren wird Berlin durch die weiterhin große Zahl an Zuwanderern vor große Herausforderungen gestellt. Schon in den letzten Jahren sind unter dem Strich jährlich rund 40.000 Menschen in die deutsche Hauptstadt gezogen. Durch die bestehenden wirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb Europas werden die Migrationsströme aus Süd- und Osteuropa nach Deutschland anhalten. Hinzu kommen Menschen und Unternehmen, die nach dem Brexit-Votum im Vereinigten Königreich eine neue berufliche Orientierung suchen. Vor allem Großstädte wie Berlin dürften diese Wanderungsbewegungen zu spüren bekommen. Aktuell gehen die offiziellen Bevölkerungsprognosen für die Hauptstadt Berlin bis zum Jahr 2020 von einem Anstieg der Bevölkerung auf insgesamt 3,8 Mio. Einwohner aus – langfristig bis zum Jahr 2030 wird aktuell sogar eine Einwohnerzahl von 3,9 Mio. Personen prognostiziert. Diese Entwicklung erfordert enorme Baumaßnahmen in der deutschen Hauptstadt, vor allem bezüglich der Schaffung von Wohnraum innerhalb der Stadt. Aber auch die Infrastruktureinrichtungen, z. B. Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, Straßen, Kulturstätten sowie der öffentliche Nahverkehr, müssen in den nächsten Jahren an die neuen Bevölkerungsprognosen angepasst werden. Hinzu kommen die nachfolgenden privaten Investitionen, z. B. der Bau von Büro- und Gewerbeflächen. Allerdings sind große Bauvorhaben in Berlin, wie andernorts auch, oft langwierige und strittige Themen, die so manches Bauprojekt enorm verzögern und somit auch verteuern werden. In Berlin dürfte die Bauaktivität in den kommenden Jahren zusätzlich durch den Fachkräftemangel in einigen Handwerksberufen gebremst werden.

Im Jahr 2017 ist in Berlin mit weiter steigenden Preisen im Immobilienbereich zu rechnen. Zum einen wachsen Einwohner- und Beschäftigungszahlen sowie die Anzahl der Haushalte kontinuierlich. Gleichzeitig verharnte der Wohnungsneubau in den vergangenen Jahren auf relativ niedrigem Niveau. In der Regel generiert ein Bevölkerungsanstieg erst mit einer zwei- bis dreijährigen Verzögerung die entsprechende Bautätigkeit. Hinzu kommt, dass die auch 2017 anhaltende Unsicherheit über die weitere finanzwirtschaftliche Entwicklung im Euroraum die Flucht in Sachwerte weiterhin begünstigen wird und somit die Nachfrage nach Wohnungen als Kapitalanlage andauern wird. Alles in allem ist auch im Jahr 2017 mit weiter steigenden Preisen im Immobilienbereich zu rechnen. Sollte sich die Preisentwicklung auf dem Berliner Immobilienmarkt in einem sehr raschen Tempo fortsetzen, ist nicht auszuschließen, dass einige Preise über das aus fundamentaler Sicht gerechtfertigte Niveau hinausschießen, so dass es in regionalen Teilmärkten in einigen Segmenten zu Preisblasen kommen könnte. Werden die Berliner Immobilienpreise jedoch im internationalen Kontext analysiert, so zeigt dieser Vergleich relativ klar, dass Wohnungen in Berlin noch nicht zu teuer sind.

Auf Basis dieser prognostizierten volkswirtschaftlichen Entwicklung plant die Bank erneut ein ambitioniertes Neugeschäft und rechnet für das Jahr 2017 mit gleichbleibenden **operativen Erträgen** ohne Sondereffekte.

Aufgrund des unverändert anhaltenden Niedrigzinsumfeldes wird sich der **Zinsüberschuss** allerdings weiterhin rückläufig entwickeln. Die weiterhin hohe Belastung aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen wird aufgrund der gesetzlichen Änderungen abgemildert. Die Zinserträge aus dem Fördergeschäft werden sich trotz sinkendem Forderungsbestand nur leicht reduzieren.

Auch im kommenden Jahr wird sich der **Verwaltungsaufwand** durch Altersversorgungsaufwendungen und Tarifsteigerungen im Personalaufwand moderat erhöhen. Der Sachaufwand wird, neben steigenden Aufwendungen für Digitalisierung und Prozessoptimierung des Fördergeschäfts und für zahlreiche regulatorische Vorhaben, ein unverändertes Niveau haben. Dämpfend auf die Kostenentwicklung wirken die Maßnahmen zur Identifikation und Hebung von weiteren Effizienzpotenzialen.

Die **Förder-Cost-Income-Ratio** wird sich aufgrund der moderaten Entwicklung der Erträge und des leichten Anstiegs der Verwaltungskosten gegenüber dem Vorjahr leicht erhöhen.

Das **Risikovorlage-/Bewertungsergebnis** wird auch in 2017 voraussichtlich eher durch eine pauschale Vorsorgebildung als durch einzelne Kreditausfälle geprägt sein. Potenzielle Ratingverschlechterungen im Fördergeschäft könnten zukünftig höhere pauschale Vorsorgereserven für Adressausfallrisiken verursachen.

Die fortlaufende Dotierung der Vorsorgereserven wird zu einer weiteren Stärkung der Risikotragfähigkeit führen, jedoch infolge der in der Planung angenommenen erhöhten Zinsaufwendungen für die Dotierung von Pensionsrückstellungen voraussichtlich nennenswert niedriger als 2016 ausfallen.

Insgesamt erwartet die IBB unter den Planungsannahmen für das Jahr 2017 ein deutlich niedrigeres **wirtschaftliches Ergebnis** als im Berichtsjahr.

Die IBB geht für 2017 davon aus, dass die **Bilanzsumme** aufgrund der Neugeschäftsplanung sowie der rückläufigen – zinsniveaubedingten – außerplanmäßigen Abgänge im Förderkreditgeschäft stabil bleiben wird. Bezüglich der Refinanzierung erwartet die IBB aufgrund ihres sehr guten Ratings, dass sie die notwendigen Refinanzierungsmittel unverändert problemlos am Kapitalmarkt aufnehmen kann.

Ebenso wird ein Anstieg der **Gesamtkapitalquote** im kommenden Jahr über dem Niveau der Werte des Jahres 2016 erwartet.

Insgesamt sind im neuen Geschäftsjahr keine grundlegenden strukturellen Veränderungen in der Geschäftstätigkeit der Bank geplant.

Geschäftsfeldplanung

Mit der Weiterentwicklung und dem Angebot effizienter Förderlösungen wird die IBB ihre Rolle bei der Förderung der Bereiche Wirtschafts-, Infrastruktur- und Wohnraumförderung des Standortes Berlin weiter stärken. Die Geschäftsfelder Wirtschaftsförderung und Immobilien- und Stadtentwicklung werden das Produktportfolio weiterhin bedarfsorientiert optimieren.

Im Geschäftsfeld **Immobilien- und Stadtentwicklung** wird nach der Wahl zum Abgeordnetenhaus die Wohnungsneubauförderung in Form der sozialen Wohnraumförderung weiter an Dynamik gewinnen. Eine Vielzahl von Neubauprojekten unserer Großkunden wurde bereits in das Wohnungsbauprogramm des Landes aufgenommen und steht vor der unmittelbaren Umsetzung. Die Möglichkeit zur Strukturierung der Gesamtfinanzierung unter Einbindung weiterer Förderprodukte lässt zusätzliche Geschäftspotenziale für die IBB erwarten. Auch außerhalb der sozialen Wohnraumförderung wird die IBB in 2017 weitere Neubauvorhaben begleiten und dabei verstärkt private Investoren und Genossenschaften begleiten.

Den Förderprodukten der IBB wird auch künftig eine große Bedeutung zukommen, da in Berlin weiterhin ein großer Modernisierungsbedarf besteht. Verschiedene Produktmodifikationen sind derzeit in der Planung, um die Förderangebote noch attraktiver zu gestalten. Der integrierte Betreuungsansatz von der Beratung zu energetischen Maßnahmen bis hin zum optimalen Fördermitteleinsatz wird nach Verstetigung des Beratungsangebotes ENEO (Energieberatung für Effizienz und Optimierung) auch für das kommende Jahr gewährleistet.

Auch in 2017 wird die IBB größere Vorhaben von kommunalen, genossenschaftlichen und privaten Unternehmen finanzieren und darüber hinaus weiterhin intensiv mit den Geschäftsbanken zusammenarbeiten, um durch die Vergabe von Konsortial- und Globaldarlehen Investitionen in Wohnimmobilien mittelbar zu fördern. Parallel wird die Zusammenarbeit mit den Hausbanken im Eigenheimgeschäft gestärkt.

Die IBB wird in 2017 noch weitere Vorhaben im Rahmen des Projektauftrages „Experimenteller Geschosswohnungsbau“ bewilligen und die damit verbundenen Zuschüsse auszahlen.

Insgesamt wird im Geschäftsfeld Immobilien- und Stadtentwicklung für das Geschäftsjahr 2017 ein gegenüber dem Vorjahr konstantes Bewilligungsvolumen erwartet.

Im Geschäftsfeld **Wirtschaftsförderung** wird aufgrund der ungebrochenen dynamischen Entwicklung in allen Wirtschaftsbereichen sowie auf dem Arbeitsmarkt ein leicht steigendes Bewilligungsvolumen für das Jahr 2017 erwartet.

Die Finanzierungsbedingungen für den Mittelstand sind unverändert gut. Bei kleinen, jungen und innovativen Unternehmen bleiben jedoch strukturelle Probleme bestehen. Auch stellen notwendige Digitalisierungsmaßnahmen viele Unternehmen vor Finanzierungsschwierigkeiten. Mit den neuen Produkten „Berlin Innovativ“ und „Berlin Mittelstand 4.0“ wird die Digitalisierungsoffensive des Landes durch eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Berliner Geschäftsbanken unterstützt.

Der Koalitionsvertrag der neuen Berliner Regierung verspricht in den nächsten Jahren neue Sondergeschäfte für die IBB, da weitere bedeutende Investitionen in die öffentliche Infrastruktur kreditfinanziert werden sollen.

Das Ankerprodukt der Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsfinanzierung der IBB und der EU-Strukturfondsförderung in Berlin bleibt *Pro FIT*. Der Anteil von Darlehen, insbesondere für Projekte aus der wachsenden Berliner Start-up-Szene, nimmt weiterhin zu. Für die allgemeine Gründungs- und KMU-Finanzierung soll der KMU-Fonds III in 2017 mit neuen EFRE-Mitteln ausgestattet werden.

Know-how, Engagement und Leistungsfähigkeit der Beschäftigten bilden die wesentlichen Grundlagen für die langfristige Geschäftstätigkeit der Bank. Die Gewinnung, Bindung und Entwicklung qualifizierter Beschäftigter stellen daher die drei wesentlichen Handlungsfelder der strategischen Personalpolitik dar. Die IBB positioniert sich in diesem Zusammenhang als zukunftsorientierter, sozial verantwortlicher Arbeitgeber. Durch flexible Arbeitszeitmodelle, hohe technische sowie Sicherheitsstandards, modernes Gesundheitsmanagement, Regelungen zu Chancengleichheit und Angebote für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie – insbesondere auch von Beruf und Pflege – schafft die IBB ein attraktives Arbeitsumfeld.

Die qualitative Entwicklung der Beschäftigten stellt einen wichtigen nichtfinanziellen Leistungsindikator für die IBB dar.

Wie in vergangenen Jahren werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter systematisch durch Weiterbildungs- und Personalentwicklungsmaßnahmen für ihre anspruchsvollen Aufgaben qualifiziert. Die Qualifikation der Mitarbeiter zu sichern und weiter auszubauen, um so die Bank optimal für die Herausforderungen des Marktes zu rüsten, ist Ziel für das kommende Berichtsjahr. Das hohe Niveau der durchschnittlichen Weiterbildung (3,7 Tage) in 2016 wird konstant gehalten.

Das Thema strategische Personalentwicklung unter dem Aspekt des demografischen Wandels wird weiterhin einen Schwerpunkt der kommenden Berichtsjahre bilden.

Zusammenfassend erwartet der Vorstand für das Geschäftsjahr 2017 einen stabilen Geschäftsverlauf, geht jedoch davon aus, dass sich das wirtschaftliche Ergebnis weiter reduzieren wird. Im Vergleich zum Vorjahr wird weiterhin eine stabile Vermögens- und Finanzlage erwartet.

Abweichend zu den geplanten Ergebnissen für das Geschäftsjahr 2017 könnten sich aufgrund veränderter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen weitere **Chancen** und **Risiken** für die geschäftliche Entwicklung der IBB ergeben.

Eine weitere Zinssenkung würde den Zinsüberschuss und die Förder-Cost-Income-Ratio kurzfristig tendenziell positiv beeinflussen. Ein Verlassen des Niedrigzinsumfelds, beispielsweise im Zuge eines starken Zinsanstiegs, würde hingegen sowohl das wirtschaftliche Ergebnis als auch die Förder-Cost-Income-Ratio kurzfristig negativ beeinflussen. Sollte sich die Finanzmarktkrise erneut verschärfen, könnte sich dies nach den Erfahrungen aus der letzten Finanzmarktkrise positiv sowohl auf die Neugeschäftsvolumina als auch auf die Margen auswirken.

Ein verschlechtertes wirtschaftliches Umfeld würde in der Tendenz zu einem Neugeschäftsvolumen unter Plan führen.

Chancenpotenzial sieht die IBB bei einer Verbesserung der Ratings ihrer Engagements, was zu einem insgesamt geringeren Ansatz von bonitätsabhängigen Portfoliowertberichtigungen führen könnte.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

In der IBB wurden für alle wesentlichen Risiken Maßnahmen zu deren Begrenzung bzw. Minimierung getroffen. Den Kreditrisiken wurde im Rahmen der Risikovorsorge durch angemessen gebildete Wertberichtigungen Rechnung getragen. Für alle Risiken wird ausreichend Kapital vorgehalten.

Aufgrund des vorhandenen Bestandes an hochliquiden Wertpapieren war die Liquiditätsversorgung der IBB im Geschäftsjahr 2016 jederzeit umfassend sichergestellt.

Die aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen hat die IBB im Berichtszeitraum eingehalten. Die Auslastung der Gesamtkapitalkennziffer gem. CRR betrug zwischen 19,0 % und 19,6 % und lag damit deutlich über dem geforderten Wert.

Die Auslastung des Risikolimits schwankte im Berichtsjahr zwischen 40,2 % und 65,3 %. Ursächlich für die Veränderungen in der Auslastung waren primär die im Abschnitt „Wertorientierte Risikotragfähigkeit“ dargestellten wesentlichen Änderungen im Risikomanagementsystem.

Bilanz zum 31. Dezember 2016

Aktivseite in Tsd. Euro	31.12.2016	31.12.2015
1. Barreserve	26.733	15.389
a) Kassenbestand	0	4
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken	26.733	15.385
darunter: bei der Deutschen Bundesbank:	26.733	15.385
2. Forderungen an Kreditinstitute	1.964.778	2.108.781
a) täglich fällig	271.041	243.150
b) andere Forderungen	1.693.737	1.865.631
3. Forderungen an Kunden	11.400.826	12.417.361
darunter:		
durch Grundpfandrechte gesichert:	5.856.243	6.390.835
Kommunalkredite:	4.077.483	4.494.763
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.199.194	4.243.037
a) Geldmarktpapiere		
ab) von anderen Emittenten	0	0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0	0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		
ba) von öffentlichen Emittenten	1.051.309	1.099.103
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.051.309	1.099.103
bb) von anderen Emittenten	3.141.682	3.143.934
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	3.066.620	3.062.828
c) eigene Schuldverschreibungen	6.203	0
Nennbetrag	6.000	0
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.663	3.263
6. Beteiligungen	452	452
7. Anteile an verbundenen Unternehmen	132.960	107.957
8. Treuhandvermögen	208.368	190.556
darunter: Treuhandkredite	208.368	190.556
9. Immaterielle Anlagewerte	810	1.346
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	810	1.346
10. Sachanlagen	24.647	26.156
11. Sonstige Vermögensgegenstände	2.053	1.523
12. Rechnungsabgrenzungsposten	15.162	17.453
Summe der Aktiva	17.979.646	19.133.274

Passivseite in Tsd. Euro		31.12.2016	31.12.2015
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		3.998.849	3.896.329
a) täglich fällig	154.631		56.895
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	3.844.218		3.839.434
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		6.401.161	7.379.117
b) andere Verbindlichkeiten			
ba) täglich fällig	841.554		873.407
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	5.559.607		6.505.710
3. Verbriefte Verbindlichkeiten		6.084.722	6.442.070
a) begebene Schuldverschreibungen	6.084.722		6.442.070
4. Treuhandverbindlichkeiten		208.368	190.556
darunter: Treuhandkredite	208.368		190.556
5. Sonstige Verbindlichkeiten		8.020	5.429
6. Rechnungsabgrenzungsposten		97.604	106.811
7. Rückstellungen		183.566	177.964
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	112.666		111.680
c) andere Rückstellungen	70.901		66.284
8. Fonds für allgemeine Bankrisiken		249.311	204.311
9. Eigenkapital		748.045	730.687
a) Eingefordertes Kapital			
Gezeichnetes Kapital	300.000		300.000
c) Gewinnrücklagen			
cd) andere Gewinnrücklagen (Zweckrücklage)	424.216		352.180
d) Bilanzgewinn	23.829		78.508
Summe der Passiva		17.979.646	19.133.274
Posten unter dem Bilanzstrich			
1. Eventualverbindlichkeiten		137.369	110.294
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		137.369	110.294
2. Andere Verpflichtungen		809.080	428.529
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		809.080	428.529

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 01.01.2016 bis 31.12.2016

in Tsd. Euro		Vorjahr
1. Zinserträge aus		
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	267.351	323.737
darunter: verrechnete Aufwendungen aus Negativ-Zinsen	758	100
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	69.593	83.291
	336.944	407.028
2. Zinsaufwendungen	195.169	266.210
darunter: verrechnete Erträge aus Negativ-Zinsen	7.750	2.054
	195.169	266.210
	141.775	140.818
3. Laufende Erträge aus		
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0	11.000
b) Beteiligungen	2	2
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	0	0
	2	11.002
4. Provisionserträge	3.829	5.420
5. Provisionsaufwendungen	777	791
	3.052	4.628
6. Sonstige betriebliche Erträge	89.293	77.632
7. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		
a) Personalaufwand		
aa) Löhne und Gehälter	41.037	39.848
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	9.398	9.248
darunter: für Altersversorgung	2.560	2.398
	50.435	49.096
b) andere Verwaltungsaufwendungen	25.408	27.937
	75.843	77.033
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	4.204	4.299
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	29.642	39.069

in Tsd. Euro		Vorjahr
10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	101.260	35.735
darunter: Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	45.000	0
	101.260	35.735
11. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	717	618
	717	618
12. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	23.890	78.563
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	66	38
14. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 11 ausgewiesen	-5	17
	61	55
15. Jahresüberschuss	23.829	78.508
16. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	0	0
Bilanzgewinn	23.829	78.508

Anhang

Allgemeine Angaben

Die Investitionsbank Berlin (IBB) hat ihren Sitz in Berlin und ist im Handelsregister des Amtsgerichts Charlottenburg (Berlin) unter der Nummer HRA 35566 B eingetragen.

Anstaltslast und Refinanzierungsgarantie

Das Land Berlin trägt die Anstaltslast, die die öffentlich-rechtliche Verpflichtung gegenüber der IBB enthält, ihre wirtschaftliche Basis jederzeit zu sichern und sie für die Dauer ihres Bestehens funktionsfähig zu erhalten. Gemäß § 3 Abs. 2 der Satzung der IBB haftet das Land Berlin für die von der IBB aufgenommenen Darlehen, Schuldverschreibungen, Termingeschäfte, Optionen und Swaps sowie andere Kredite an die IBB.

Grundlagen der Rechnungslegung

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 wurde nach handelsrechtlichen Vorschriften sowie unter Einhaltung der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung wurden beachtet.

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung entspricht den Formblättern der RechKredV. Für die Gewinn- und Verlustrechnung wird ab dem Geschäftsjahr 2016 das Formblatt 3 (Staffelform) gewählt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgte nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB in Verbindung mit den §§ 340 ff. HGB. Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind grundsätzlich zum Nominalbetrag angesetzt.

Agio- oder Disagiobeträge werden in die aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig aufgelöst.

Anteilige Zinsen aus Zinsswaps werden periodengerecht abgegrenzt. Der Ausweis erfolgt saldiert je Vertrag unter den Positionen Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden bzw. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten oder Kunden. Die Erfolge aus Zinsderivaten werden im Zinsergebnis der Bank dargestellt. Ein- und ausgehende Close-out-Zahlungen werden mit Fälligkeit in voller Höhe ergebniswirksam vereinnahmt.

Negative Zinsen aus Forderungen bzw. aus Verbindlichkeiten werden ertragsmindernd bzw. aufwandsmindernd im Zinsertrag bzw. Zinsaufwand berücksichtigt.

Risiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Wertberichtigungen für Forderungen und Rückstellungen für außerbilanzielle Geschäfte Rechnung getragen. Darüber hinaus werden Wertberichtigungen für minderverzinsliche Forderungen aufgrund von Margenverzicht im Zusammenhang mit dem Fördergeschäft gebildet.

In Anlehnung an IAS 39 werden für erkennbare Adressrisiken bei signifikanten Forderungen Einzelwertberichtigungen und bei nicht signifikanten Forderungen pauschalierte Einzelwertberichtigungen gebildet. Zunächst wird geprüft, ob objektive Hinweise vorliegen, die auf eine Wertminderung schließen lassen. Im zweiten Schritt wird untersucht, ob die Forderung tatsächlich im Wert gemindert ist. Die Höhe der Einzelwertberichtigung wird durch Abzug des Barwerts aller noch erwarteten Zahlungseingänge vom Buchwert der Forderung ermittelt. Die Höhe der pauschalierten Einzelwertberichtigung wird durch Multiplizieren des Buchwerts mit einer erwarteten Ausfallrate (loss given default) ermittelt.

Für latente Risiken im Forderungsbestand werden in Anlehnung an IAS 39 Pauschalwertberichtigungen in Höhe des erwarteten Ausfalls unter Berücksichtigung einer Ausfallwahrscheinlichkeit, einer Ausfallrate und eines Faktors für die Zeitspanne zwischen dem Erkennen des drohenden Ausfalls und dem Eintritt des Ausfallereignisses gebildet.

Auf Grundlage des Grundsatzes der Einzelbewertung gemäß § 252 Abs. 1 Nr. 3 HGB wurde bei Wertpapieren des Anlagevermögens von dem Wahlrecht nach § 340e Abs. 1 Satz 3 i. V. m. § 253 Abs. 3 Satz 4 HGB (Bewertung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip) durchgängig Gebrauch gemacht. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Die übrigen Finanzanlagen (Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen sowie Anteile an verbundenen Unternehmen) werden zu Anschaffungskosten angesetzt; bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB wurden ausschließlich zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken in Form von Mikro-Hedges-Beziehungen gebildet. Bei den Grundgeschäften handelt es sich um festverzinsliche Wertpapiere des Anlage- und Liquiditätsbestandes, die in der Bilanzposition Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ausgewiesen werden. Als Sicherungsinstrumente werden ausschließlich Plain Vanilla Zinsswaps verwendet. In allen Fällen steht bei identischen Nominalbeträgen bis zur Endfälligkeit der jeweiligen Grund- und Sicherungsgeschäfte dem Festzins des jeweiligen Grundgeschäftes ein Festzins des zugehörigen Sicherungsgeschäftes gegenüber. Da bei sämtlichen Bewertungseinheiten alle wertbestimmenden Faktoren grundsätzlich übereinstimmen, erfolgt die Beurteilung der Wirksamkeit mittels der Critical-Term-Match-Methode.

Zur Bilanzierung des wirksamen Teils der gebildeten Bewertungseinheiten wird die Einfrierungsmethode angewendet.

Zur Ermittlung des nicht abgesicherten Risikos wird die vollständige Zeitwertänderung des Grundgeschäfts der vollständigen Zeitwertänderung des Sicherungsinstruments gegenübergestellt. Der negative Nettowert wird imparitatisch bei der Bewertung des Grundgeschäfts berücksichtigt. Ein positiver Nettowert bleibt unberücksichtigt.

Bei Grundgeschäften, die dem Anlagebestand zugeordnet sind, werden außerplanmäßige Abschreibungen nur bei voraussichtlich dauernder Wertminderung aufgrund von Veränderungen der nicht abgesicherten Risiken vorgenommen.

Darüber hinaus werden alle Grundgeschäfte und Sicherungsinstrumente von Bewertungseinheiten in die Verlustfreie Bewertung des Bankbuches unter Anwendung der Stellungnahme IDW RS BFA 3 einbezogen.

Die Stellungnahme IDW RS BFA 3 wurde im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung zum 31. Dezember 2016 in vollem Umfang beachtet. Zur Ermittlung einer eventuell erforderlichen Drohverlustrückstellung wird die barwertige Betrachtungsweise angewendet. Als Berechnungsgrundlage dient die wertorientierte Risikotragfähigkeit des Bankbuchs. Der Buchwert wird vom Nettovermögen abgezogen, die Risiko- und Verwaltungskosten sowie die institutsspezifischen Refinanzierungskosten für fiktive Schließungsgeschäfte werden im erforderlichen Umfang berücksichtigt.

Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden planmäßig über ihre voraussichtliche Nutzungsdauer, geringwertige Wirtschaftsgüter sofort abgeschrieben.

Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert.

Die Berechnung der Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen erfolgt durch externe versicherungsmathematische Sachverständige nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (projected unit credit method) unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Heubeck. Dabei wurden ein Gehaltstrend/BBG-Trend in Höhe von 2,5 % und ein Rententrend in Höhe von 1,75 % (bzw. 1,0 % bei VBL-Zusagen) berücksichtigt. Der für die Bewertung verwendete Rechnungszins beträgt 4,01 %. Erfolgswirkungen aus der Änderung des Rechnungszinses werden im Zinsüberschuss erfasst. Erfolgswirkungen aus der Änderung sonstiger Bewertungsannahmen sind im Dienstzeitaufwand berücksichtigt. Der Zinsanteil an dem Zuführungsbetrag zu den Pensionsrückstellungen wird in den Zinsaufwendungen ausgewiesen.

Die übrigen Rückstellungen sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden abgezinst. Erfolgswirkungen aus der Änderung des Rechnungszinses werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Der Zinsanteil an dem Zuführungsbetrag zu den sonstigen Rückstellungen wird in den Zinsaufwendungen ausgewiesen.

Die IBB schließt Geschäfte ausschließlich in Euro ab.

Anteilsbesitz der Investitionsbank Berlin gemäß § 285 Nr. 11 HGB

Name/Sitz des Unternehmens	Anteil am Kapital %	Eigenkapital in Tsd. Euro	Ergebnis in Tsd. Euro
Verbundene Unternehmen			
VC Fonds Berlin GmbH, Berlin ³	100,00	13.096,1	832,5
VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH, Berlin ³	100,00	30.262,0	- 4.235,0
VC Fonds Technologie Berlin GmbH, Berlin ³	100,00	58.378,1	- 4.977,0
IBB Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin ²	100,00	139.684,3	- 1.024,3
IBB Business Team GmbH, Berlin ^{1,2}	100,00	200,0	0,0
BTGI Berliner Trägergesellschaft für Gewerbeinfrastrukturmaßnahmen mbH, Berlin ^{1,3}	100,00	41,4	- 5,9
Immobilien-gesellschaft Spreestadt-Wegelystraße mbH, Berlin ^{1,3}	100,00	- 6.749,9	995,9
IBB Technologie-Entwicklungs-Fonds GmbH & Co. KG, Berlin ^{1,2}	100,00	525,5	- 119,5
ipal Gesellschaft für Patentverwertung Berlin mbH, Berlin ^{1,2,4}	100,00	- 11.434,2	67,9
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht			
Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH, Potsdam ^{1,2}	50,00	63,7	0,0
Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH, Berlin ^{1,2}	31,51	1.752,3	- 105,6
BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, Berlin ^{1,2}	25,20	899,4	823,2
BerlinOnline Stadtportalbeteiligungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1,2}	25,20	37,0	1,9
Berlin Tourismus & Kongress GmbH, Berlin ^{1,2}	25,00	810,8	36,2
Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG, Berlin ²	19,92	12.806,5	- 349,3

¹ Jahresabschluss 2015² unmittelbarer Anteilsbesitz der IBB³ mittelbarer Anteilsbesitz⁴ Gesellschaftsrechtliche Veränderung: Anteilserhöhung bei der ipal von 81 % auf 100 % aufgrund der Ausübung weiterer Optionsrechte zur Anteilsübertragung

Der Anteil der IBB an den Stimmrechten in der Gesellschafterversammlung der Berlin Tourismus & Kongress GmbH beträgt 20,6 %. Der Anteil der IBB an den Stimmrechten in der Gesellschafterversammlung der Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG beträgt 20,0 %. Bei allen anderen Gesellschaften entspricht der Kapitalanteil der IBB dem Anteil an den Stimmrechten.

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Detailvereinbarung vom 16. April 2002 zwischen den ehemaligen Konzerngesellschaften der Bankgesellschaft und dem Land Berlin, die nach Maßgabe des § 45 der Zuständigkeits- und Verfahrensordnung in Teilen auch für die verselbstständigte IBB gilt, sieht für bestimmte Sachverhalte eine gesamtschuldnerische Haftung der Gesellschaften gegenüber dem Land Berlin vor. Im Innenverhältnis wird die Haftungsverteilung zwischen den Gesellschaften durch die Innenausgleichsvereinbarung vom 30. August 2002 geregelt, der die IBB am 10. August 2004 beigetreten ist. Nach dieser Vereinbarung richtet sich die Haftung nach den konkreten Verursachungsbeiträgen der jeweiligen Gesellschaft, so dass einer als Gesamtschuldnerin in Anspruch genommenen Gesellschaft Ausgleichsansprüche zustehen, wenn die Haftung gegenüber dem Land auf Rechtsverhältnissen beruht, an denen sie nicht oder in geringerem Maße beteiligt ist. Konkret haftet die IBB daher z. B. nicht für Auskünfte zu Kreditverhältnissen oder Abführungsverpflichtungen von Konzerngesellschaften, sofern sie den Kredit nicht vergeben hat oder an der Gesellschaft nicht beteiligt ist.

Für die Übernahme der Risikoabschirmung war bis 2011 von der Landesbank Berlin Holding AG ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. Euro an das Land Berlin zu zahlen. In 2012 wurde zwischen dem Land Berlin und der Bankgesellschaft Berlin (heute firmierend als Landesbank Berlin Holding AG) über die Höhe der ab 2012 zu zahlenden Avalprovision verhandelt. Da hierzu bislang keine Einigung erzielt werden konnte, bleibt es zunächst entsprechend der Detailvereinbarung bei dem bisherigen jährlichen Fixbetrag von 15 Mio. Euro.

Die Verteilung der Avalkosten ist ebenfalls in der Innenausgleichsvereinbarung vom 30. August 2002 in Verbindung mit der Ergänzungsvereinbarung vom 10. August 2004 geregelt. Danach beteiligt sich die IBB an den Kosten in der Höhe, die dem Anteil der von ihr ausgereichten Kredite an dem Gesamtvolumen der von der Kreditgarantie des Landes erfassten Kreditverhältnisse entspricht. Die Laufzeit der Garantie endet spätestens 30 Jahre nach Unterzeichnung der Detailvereinbarung.

Unter die Detailvereinbarung fallen in der Bilanz zum 31. Dezember 2016 als Kommunalkredite ausgewiesene Darlehen in Höhe von 1.066,1 Mio. Euro (Vorjahr 1.223,3 Mio. Euro), für die offene Auszahlungsverpflichtungen in Höhe von 168,1 Mio. Euro (Vorjahr 230,9 Mio. Euro) bestehen. Bürgschaften bestehen nicht (Vorjahr 5,7 Mio. Euro).

Zum Stichtag bestanden offene Einzahlungsverpflichtungen aus der Beteiligung an der IBB Technologie-Entwicklungs-Fonds GmbH & Co. KG in Höhe von 7,5 Mio. Euro (Vorjahr 7,7 Mio. Euro) sowie aus der Beteiligung an der Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG in Höhe von 1,2 Mio. Euro (Vorjahr 1,6 Mio. Euro). Für die offenen Einzahlungsverpflichtungen aus der Beteiligung an der IBB Technologie-Entwicklungs-Fonds GmbH & Co. KG besteht keine Rückstellung mehr (Vorjahr 50 Tsd. Euro).

Weitere finanzielle Verpflichtungen, die weder in der Bilanz noch unter dem Strich ausgewiesen sind, sind für die Beurteilung der Finanzlage nur von untergeordneter Bedeutung.

Bezüge des Vorstands und des Verwaltungsrats sowie diesem Personenkreis gewährte Kredite

Dem Vorstand wurden im Geschäftsjahr 2016 folgende Bezüge gewährt:

in Tsd. Euro	2016			2015
	Gesamtvergütung	davon fixe Vergütung	davon variable Vergütung	Gesamtvergütung
Dr. Jürgen Allerkamp				
Gehalt	400,5	400,5	0,0	400,0
Erfolgsvergütung	100,0	0,0	100,0	100,0
Ausgleich Dienstwagen	7,4	7,4	0,0	0,0
Überlassung Dienstwagen	2,5	2,5	0,0	10,7
Sonstige Sachbezüge	0,2	0,0	0,2	0,0
	510,6	410,4	100,2	510,7
Sonja Kardorf				
Gehalt	309,1	309,1	0,0	307,4
Erfolgsvergütung	80,0	0,0	80,0	80,0
Ausgleich Dienstwagen	4,8	4,8	0,0	0,0
Überlassung Dienstwagen	4,8	4,8	0,0	10,2
	398,7	318,7	80,0	397,6
	909,3	729,1	180,2	908,3

Die Zahlung einer variablen Erfolgsvergütung erfolgt auf Basis einer jährlich abzuschließenden Zielvereinbarung. Die Zielvereinbarung ist nach unterschiedlichen Kriterien gewichtet. Sie berücksichtigt sowohl die Gesamtleistung als auch individuelle Ziele. Hierzu gehören u. a. die wirtschaftliche Ertragskraft der Bank als auch strategische Ziele.

Bei einer Zielerreichung von 100 % ist die variable Erfolgsvergütung im vollen Umfang in Höhe der Vorjahresvergütung festzusetzen. Bei Zielunterschreitungen ist die variable Erfolgsvergütung entsprechend einer im Rahmen der Zielvereinbarung festgelegten Staffelung anteilig festzusetzen.

Die Bezüge und Rückstellungen für Pensionen für frühere Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen betragen im Geschäftsjahr 2016:

in Tsd. Euro	2016	2015
Gesamtbezüge früherer Vorstandsmitglieder und ihrer Hinterbliebenen	500,0	504,9
Rückstellungen für Pensionen früherer Vorstandsmitglieder und ihrer Hinterbliebenen	6.410,6	6.742,1

Mitgliedern des Verwaltungsrats wurden folgende Aufwandsentschädigungen gezahlt:

in Tsd. Euro	2016	2015
Cornelia Yzer	12,0	12,0
Andreas Geisel	7,5	6,3
Dr. Margaretha Sudhof	7,7	6,0
Michaela Maria Eder von Grafenstein	8,0	8,0
Maren Kern	6,0	2,0
Dr. Dietrich Rümker	8,5	14,5
Nadja Bernstein	8,0	8,0
Michael Bomke	8,0	8,0
Swen Hoffmann	6,0	6,0
Michael Müller	-	1,2
	71,7	72,0

Mitgliedern des Vorstands und Verwaltungsrats wurden wie im Vorjahr keine Vorschüsse und Kredite gewährt.

Berliner Corporate Governance Kodex

Nach § 7 Abs. 4 der Satzung der IBB vom 2. September 2004 in der Fassung vom 7. September 2010 wenden der Vorstand und der Verwaltungsrat den Corporate Governance Kodex (CGK) in der jeweiligen von der Senatsverwaltung für Finanzen herausgegebenen Fassung an. Die Regelungen zum Berliner Corporate Governance Kodex (BCGK), welche Bestandteil der „Hinweise für Beteiligungen des Landes Berlin an Unternehmen“ sind, wurden am 15. Dezember 2015 vom Senat von Berlin beschlossen. Die Entsprechenserklärung ist auf der Internetseite der IBB veröffentlicht.

Offenlegung durch die Institute (Säule 3)

Die nach den Artikeln 435 bis 455 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 in der jeweils geltenden Fassung i.V.m. § 26a Absatz 1 Satz 1 KWG erforderlichen Angaben werden in einem hierfür erstellten Offenlegungsbericht gemacht. Der Bericht ist auf der Internetseite der IBB veröffentlicht.

Organe der Investitionsbank

Vorstand

Dr. Jürgen Allerkamp
Vorsitzender des Vorstands

Sonja Kardorf
Mitglied des Vorstands

Verwaltungsrat

Ramona Pop
(ab 14. Februar 2017)
(Vorsitzende ab 15. Februar 2017)
Senatorin für Wirtschaft, Energie
und Betriebe des Landes Berlin

Cornelia Yzer
(Vorsitzende bis 8. Dezember 2016)
Senatorin für Wirtschaft, Technologie
und Forschung des Landes Berlin a.D.
(bis 8. Dezember 2016)

Andreas Geisel
(stellvertretender Vorsitzender
bis 14. Februar 2017)
Senator für Stadtentwicklung
und Umwelt des Landes Berlin
(bis 8. Dezember 2016)
Senator für Inneres und
Sport des Landes Berlin
(ab 8. Dezember 2016)

Katrin Lompscher
(ab 14. Februar 2017)
(stellvertretende Vorsitzende
ab 15. Februar 2017)
Senatorin für Stadtentwicklung
und Wohnen des Landes Berlin

Dr. Matthias Kollatz-Ahnen

(ab 14. Februar 2017)

Senator für Finanzen des Landes Berlin

Dr. Margaretha Sudhof

(bis 14. Februar 2017)

Staatssekretärin der Senatsverwaltung
für Finanzen des Landes Berlin

Michaela Maria Eder von Grafenstein

Sprecherin der Geschäftsführung
der Aquila Capital Investment GmbH

Maren Kern

Mitglied des Vorstands des BBU
Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

Dr. Dietrich Rümker

(bis 31. Dezember 2016)

Vorsitzender des Vorstands i. R.
der Landesbank Schleswig-Holstein
(seit 2003: HSH Nordbank AG)

Nadja Bernstein

Mitglied des Personalrats
der Investitionsbank Berlin

Michael Bomke

Vorsitzender des Personalrats
der Investitionsbank Berlin

Swen Hoffmann

(bis 31. Dezember 2016)

Mitarbeiter der
Investitionsbank Berlin

Tom Schuster

(seit 1. Januar 2017)

stellvertretender Vorsitzender
des Personalrats
der Investitionsbank Berlin

Corporate-Governance-Bericht

[gemäß Hinweise für Beteiligungen des Landes Berlin an Unternehmen in der Fassung vom 15. Dezember 2015]

Der Verwaltungsrat und der Vorstand der IBB wenden den Berliner Corporate Governance Kodex (BCGK) in der jeweiligen von der Senatsverwaltung für Finanzen des Landes Berlin herausgegebenen Fassung an und erachten die Maßgaben und Empfehlungen des Kodex als wertvoll für eine transparente und gewissenhafte Unternehmensführung. Sie erklären, dass den Regeln des Kodex im Berichtsjahr im Wesentlichen entsprochen wurde. Die Abweichungen von Empfehlungen werden in der Entsprechenserklärung offengelegt.

I. Zusammenwirken zwischen Verwaltungsrat und Vorstand

Vorstand und Verwaltungsrat haben eng und vertrauensvoll zum Wohle der IBB zusammengearbeitet. Hierzu hat der Vorstand den Verwaltungsrat zeitnah und umfassend über wichtige Angelegenheiten der IBB informiert. Das Zielbild des Landes für die IBB hat dem Vorstand als Handlungsleitlinie und dem Verwaltungsrat, in dem auch der Gesellschafter vertreten ist, als Kontrollmaßstab gedient.

Vorstand und Verwaltungsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung einer ordnungsgemäßen Unternehmensführung nachgekommen. Dabei haben sie die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Vorstands beziehungsweise Verwaltungsrats gewahrt. Neben den Regelungen in der Satzung lag eine durch den Verwaltungsrat beschlossene Geschäftsordnung für den Vorstand vor.

Der Vorstand hat die strategische Ausrichtung der IBB in der Geschäfts-, Risiko-, IT- und Vergütungsstrategie verankert und mit dem Verwaltungsrat erörtert, regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet. Planabweichungen wurden plausibel und nachvollziehbar dargestellt sowie erforderliche Maßnahmen abgeleitet.

Der Vorstand hat den Verwaltungsrat zeitnah und umfassend über alle für die Bank relevanten Fragen der Strategie, der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente unterrichtet. Des Weiteren hat der Vorstand mit dem Verwaltungsrat zur Förderung und Integration einer angemessenen Risikokultur innerhalb der IBB-Gruppe den Verhaltenskodex der IBB, der auf die hohe Bedeutung eines regelkonformen Verhaltens und auf eine angemessene Risikokultur für alle Beschäftigten und Organe der IBB hinweist, erörtert. Der Vorstand hat alle Geschäfte von grundlegender und wesentlicher Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschließlich der Änderungen von Bewertungsverfahren dem Verwaltungsrat zur Zustimmung vorgelegt.

Der Verwaltungsrat hat seine Sitzungen unter Beteiligung des Vorstands abgehalten, mit Ausnahme der Sitzungen, bei denen über seine Vergütung beraten wurde. Soweit Personen, die nicht Mitglied des Verwaltungsrats sind, an dessen Sitzungen teilgenommen haben, wurden sie auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.

II. Vorstand

Der Vorstand hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet und für das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde vom Vorstand Sorge getragen.

Es ist ein Vorsitzender des Vorstands bestimmt, die Zusammenarbeit des Vorstands, seine Ressortverteilung sowie das Verfahren zur Beschlussfassung des Gremiums sind in der Geschäftsordnung für den Vorstand und dem Organigramm geregelt.

Die IBB verfügt über ein den Anforderungen der MaRisk entsprechendes wirksames Risikomanagement und Risikocontrolling. Ebenso wurden und werden die Vorschriften des Landesgleichstellungsgesetzes Berlin, Partizipations- und Integrationsgesetzes Berlin sowie des Landesgleichberechtigungsgesetzes beachtet. In der IBB ist eine Frauen- und Schwerbehindertenvertretung etabliert. Die Vergütung der Beschäftigten richtet sich nach dem aktuellen Tarifvertrag für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken.

Die Vergütung des Vorstandes erfolgt grundsätzlich auf Basis eines Jahresgehalts und einer variablen Erfolgsvergütung, welche betragsmäßige Höchstgrenzen aufweist. Dabei werden Vergütungen an den Vorstand für Mehrarbeit, entgangenen Urlaub und Weihnachtsgeld nicht entrichtet sowie auf die Einhaltung eines Abfindungs-Caps geachtet.

Der Vergütungskontrollausschuss hat das Vergütungssystem sowie die Gesamtvergütung für den Vorstand erörtert und dem Verwaltungsrat zur Beschlussfassung vorgelegt. Die IBB verfügt über eine gruppenweite Vergütungsstrategie, die auf die in der Geschäfts- und Risikostrategie niedergelegten Ziele ausgerichtet ist. Unter der Prämisse, dass die IBB weiterhin kein bedeutendes Institut im Sinne der InstitutsVergV ist, hat sie die Regelungen der InstitutsVergV umgesetzt und entspricht den Anforderungen.

III. Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat hat seine Aufgaben nach der Satzung, den Geschäftsordnungen für den Vorstand sowie für den Verwaltungsrat und seine Ausschüsse wahrgenommen.

Zum Verwaltungsratsmitglied kann nur bestellt werden, wer besondere wirtschaftliche Erfahrungen und Sachkunde besitzt und geeignet ist, die IBB zu fördern und sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben wirksam zu unterstützen. Ehemalige Mitglieder des Vorstands sind im Verwaltungsrat nicht vertreten. Der Verwaltungsrat verfügt im Ergebnis der jährlichen Bewertung nach § 25d KWG in seiner Gesamtheit über die erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen, insbesondere über vertiefte Kenntnisse auf den Gebieten der Rechnungslegung und Abschlussprüfung, zur Erledigung der Verwaltungsrats Tätigkeit.

Der Verwaltungsrat wurde über wichtige Angelegenheiten vom Vorstand informiert, in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung einbezogen und sah keinen die Satzung oder Geschäftsordnung ergänzenden Regelungsbedarf. Daher hat er keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Neben den ordentlichen Sitzungen des Verwaltungsrates und seiner Ausschüsse haben keine außerordentlichen Sitzungen stattgefunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen der Bank. Kein Verwaltungsratsmitglied hat an weniger als an der Hälfte der Sitzungen teilgenommen.

Zur Beratung und Unterstützung des Verwaltungsrats sowie zur Steigerung seiner Effizienz hat die IBB einen Risiko- und Prüfungs-, Nominierungs- sowie Vergütungskontrollausschuss eingerichtet. Der Verwaltungsrat trifft seine Entscheidungen im Plenum, gegebenenfalls nach Vorbefassung in seinen Ausschüssen. Den Ausschüssen wurden durch Geschäftsordnung im Einklang mit § 25d KWG entsprechende Entscheidungskompetenzen übertragen. Der Risiko- und Prüfungsausschuss befasst sich u. a. mit der Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des Risikomanagementsystems und des inneren Revisionssystems, der Abschlussprüfung sowie der Compliance. Er verfügt über den benötigten Sachverstand insbesondere auf den Gebieten der Rechnungslegung sowie der Abschlussprüfung zur Erledigung der Ausschussarbeiten. Der Nominierungsausschuss beschließt im Rahmen der Zuständigkeit des Verwaltungsrates über die inhaltliche Ausgestaltung der Anstellungsverträge von Vorstandsmitgliedern.

Dem Nominierungsausschuss obliegt die Vorbereitung von Entscheidungen des Verwaltungsrats über die Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands. Dabei ermittelt er insbesondere Bewerber für die Besetzung einer Stelle im Vorstand und berücksichtigt dabei die Ausgewogenheit und Unterschiedlichkeit der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen aller Mitglieder des Vorstands und entwirft eine Stellenbeschreibung mit Bewerberprofil. Er identifiziert geeignete Bewerberinnen und Bewerber, führt die Bewerbungsgespräche und gibt Beschlussempfehlungen für den Verwaltungsrat. Eine Altershöchstgrenze für Vorstände ist in der Satzung festgelegt. Bei Erstbestellung wurde die maximale Vertragslaufzeit von fünf Jahren nicht überschritten. Der Verwaltungsrat hat die Zielvereinbarungen sowie die vorgesehene Gehaltsstruktur von Fixum und variablen Bestandteilen für den Vorstand beschlossen.

Zwischen der Verwaltungsratsvorsitzenden und dem Vorstand hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden, in dem Fragen der Strategie, der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance auch außerhalb der Verwaltungsratssitzungen beraten wurden. Der Vorstand hat die Verwaltungsratsvorsitzende und den Vorsitzenden des Risiko- und Prüfungsausschusses über besondere Ereignisse unterrichtet. Das Plenum des Verwaltungsrats wurde von den Vorsitzenden oder den stellvertretenden Vorsitzenden der Ausschüsse regelmäßig über Inhalte und Ergebnisse der Ausschussberatungen informiert.

Kein Verwaltungsratsmitglied hat die vom BCGK vorgegebene maximale Zahl an Aufsichtsratsmandaten erreicht. Die Verwaltungsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt.

Die Mitglieder des Verwaltungsrats haben die für ihre Aufgaben erforderlichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen eigenverantwortlich wahrgenommen. U. a. nahmen sie an einer von der IBB organisierten Weiterbildung zu bankspezifischen und aufsichtsrechtlichen Themen teil.

Die Vergütung der Mitglieder wurde auf Basis eines Senatsbeschlusses geregelt. Sonderleistungen wurden nicht gezahlt.

Der Verwaltungsrat hat sich auch im Geschäftsjahr 2016 mit der Effizienz seiner Tätigkeit befasst. Es waren nach seinen Feststellungen keine Ereignisse zu verzeichnen, die eine eingeschränkte Effizienz erkennen lassen.

IV. Interessenkonflikte

Vorstand und Verwaltungsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt. Im Berichtszeitraum hat ein Mitglied des Risiko- und Prüfungsausschusses zu zwei Sachverhalten einen Interessenkonflikt offengelegt. Das Mitglied hat sich der Beschlussfassung enthalten. Interessenkonflikte im Übrigen haben nicht bestanden.

Geschäfte mit der IBB durch Mitglieder des Vorstandes, ihnen nahestehende Personen oder ihnen persönlich nahestehende Unternehmen bestanden nicht und mussten dementsprechend dem Verwaltungsrat nicht zur Zustimmung vorgelegt werden.

Dem Verwaltungsrat wurden weder Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge noch sonstige Verträge von Verwaltungsratsmitgliedern mit der IBB zur Zustimmung vorgelegt. Der Verwaltungsrat hat keine auf Einzelfälle bezogenen Verfahrensregelungen für Geschäfte mit der IBB erlassen.

Die Mitglieder des Vorstandes haben die Regeln des umfassenden Wettbewerbsverbots beachtet, weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Es ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten der IBB bekannt geworden.

Für die durch den Vorstandsvorsitzenden wahrgenommenen Nebentätigkeiten wurde vorab die Zustimmung des Verwaltungsrates eingeholt. Mitgliedern des Vorstandes und des Verwaltungsrats wurden keine Darlehen gewährt.

V. Transparenz

Tatsachen im Tätigkeitsbereich der IBB, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden.

Die Mitglieder des Vorstands sowie des Verwaltungsrats haben die Einwilligung zur Offenlegung der Bezüge abgegeben. Diese werden im Anhang zum Jahresabschluss sowie im Geschäftsbericht individualisiert unter Angabe der Bestandteile angegeben. Die Vorschriften gemäß § 285 Satz 1 Nr. 9 Buchstabe a Satz 5 bis 9 des Handelsgesetzbuches finden bei der Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses Anwendung.

Für den Vorstand ist im August 2016 für die Laufzeit von zwei Jahren eine D&O-Versicherung mit einem Selbstbehalt von 18 Monatsfixbezügen und für den Verwaltungsrat ohne Selbstbehalt prolongiert worden.

Unternehmensinformationen werden auch über das Internet veröffentlicht.

Die IBB misst der Nachhaltigkeit unternehmerischen Handelns und dessen Wertschöpfung eine hohe Bedeutung bei. Mit Blick auf eine transparente nachhaltige Ausrichtung hat sie im Berichtszeitraum eine Bestandsaufnahme all dessen, was sie zum Teil schon seit Jahren praktiziert und umsetzt, vorgenommen und im ersten Nachhaltigkeitsbericht der IBB veröffentlicht.

VI. Rechnungslegung

Der Jahresabschluss wurde unter Benennung der Beteiligungsunternehmen der IBB entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen ordnungsgemäß aufgestellt. Zwischenberichte wurden vom Verwaltungsrat mit dem Vorstand regelmäßig erörtert.

VII. Abschlussprüfung

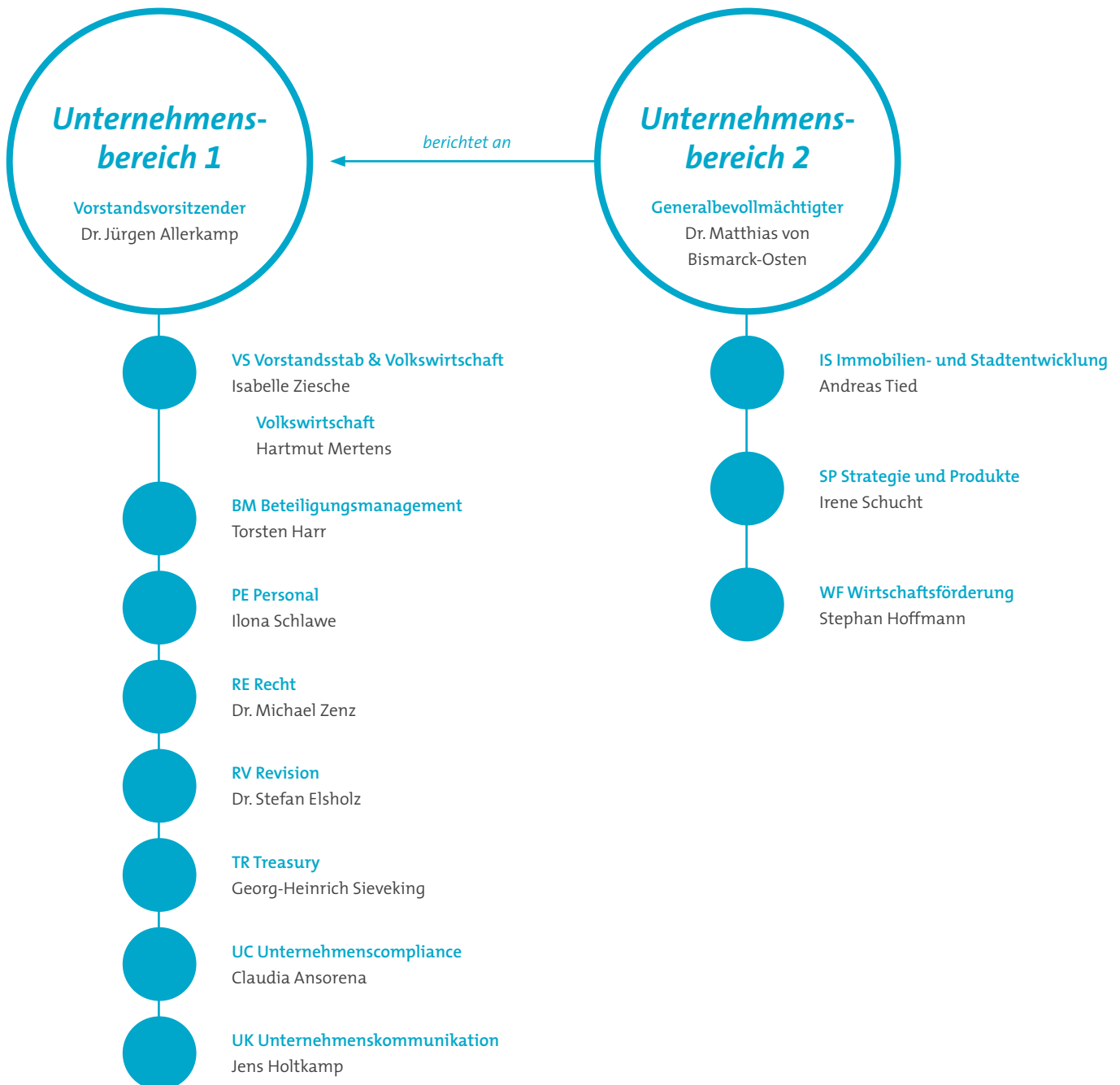
Der Rechnungshof hat im Rahmen der Beauftragung vom Abschlussprüfer eine Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen – auch nicht seitens Organen des Abschlussprüfers – mit der IBB, respektive seinen Organmitgliedern, bestanden. An der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel.

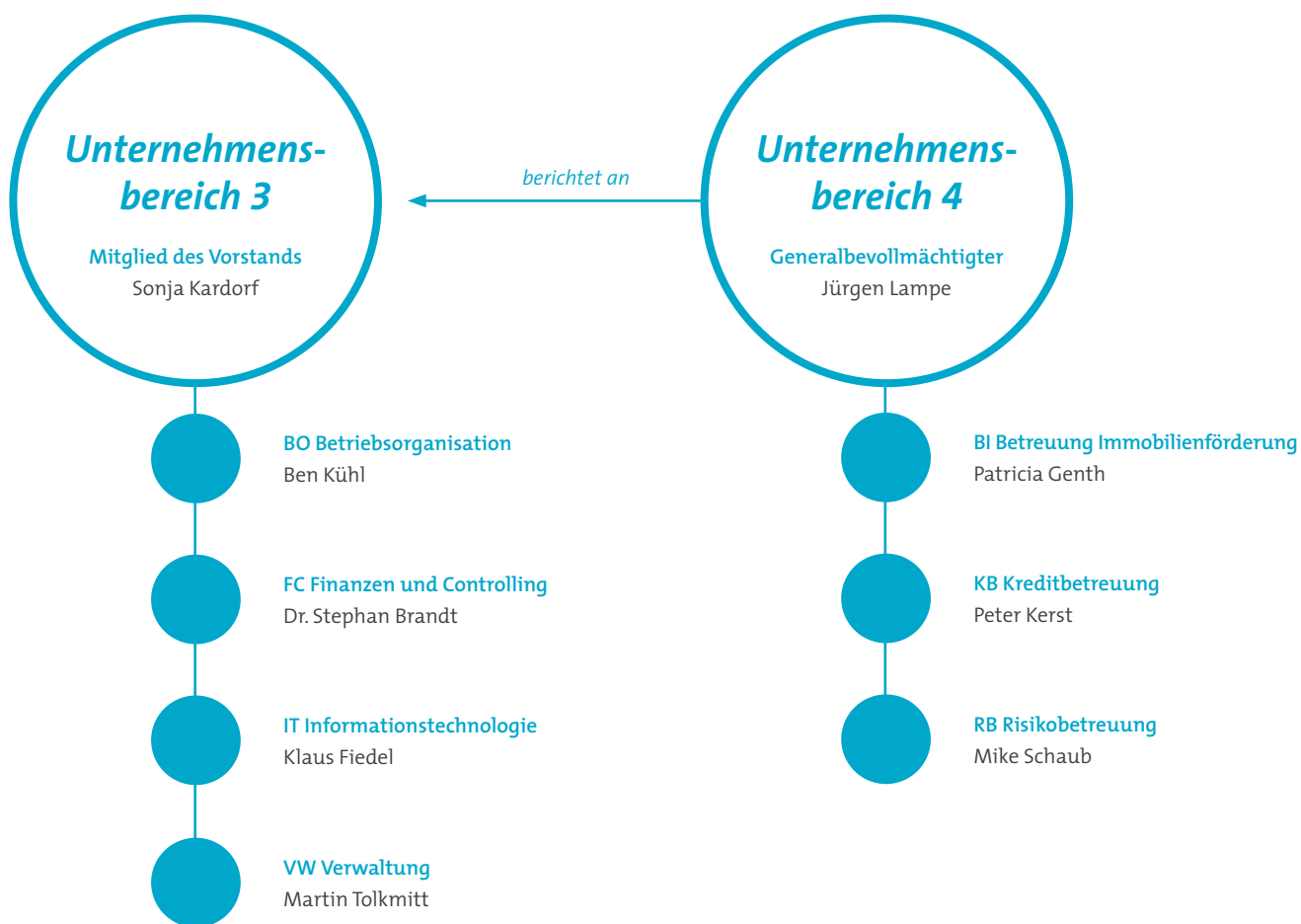
Der Rechnungshof von Berlin hat dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.

Der Abschlussprüfer hat mit dem Rechnungshof vereinbart, ihn und den Verwaltungsrat über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse zu unterrichten. Der Abschlussprüfer wurde ferner vom Rechnungshof von Berlin beauftragt, die Verwaltungsratsvorsitzende bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten. Der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.

Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit der Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben. Der Abschlussprüfer hat an den Beratungen des Verwaltungsrats über den Jahresabschluss teilgenommen und hat über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichtet.

Organigramm





Stand: 1. Januar 2017

Impressum

Herausgeber

Investitionsbank Berlin
Unternehmenskommunikation
Bundesallee 210
10719 Berlin
Telefon: 030 2125-0
Telefax: 030 2125-2020
www.ibb.de

Konzeption und Gestaltung

Heimrich & Hannot GmbH
Stralauer Allee 2
10245 Berlin
www.heimrich-hannot.de

Bildnachweis

Max Bailen (Titel)
Investitionsbank Berlin (Seite 5)
© Erik Marquardt (Seite 6)
www.fotolia.de/rcfotostock (Seite 10)
Amaury Wenger (Seite 18, 21)

Druck

DBM Druckhaus Berlin-Mitte GmbH
Wilhelm-Kabus-Straße 21–35
10829 Berlin
www.druckhaus-berlin-mitte.de

Investitionsbank Berlin
Bundesallee 210
10719 Berlin

Telefon: 030 2125-0
Telefax: 030 2125-2020

www.ibb.de

